



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

10. Sitzung vom 30. August 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Luzia Sutter Rehmann, Konrad Widmer, Bettina Wölnerhanssen

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Claudia Guyaz

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP begrüsst herzlich zur heutigen Einwohnerratsitzung, der ersten im neuen Geschäftsjahr. Insbesondere begrüsst er seine Kolleginnen und Kollegen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten sowie die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter, Claudia Guyaz welche die Vertretung von Linda Gerstner während ihrem Mutterschaftsurlaub sicherstellt, sowie alle übrigen Mitarbeiter der Verwaltung und auch die Vertreter der Medien.

Der Präsident möchte einmal mehr auf die die aktuell gültigen Corona Regeln für die Sitzung zurückkommen oder diese in Erinnerung rufen. Erneut gelten heute die Maskenpflicht und die bekannten Abstandsregeln. Dafür haben alle Tischmikrofone, so entfällt der bisherige Gang ans Rednerpult. Die Zuschauerzahl ist beschränkt, aber es gab auch heute gottlob kein Numerus Clausus zu bestehen zur Teilnahme. So wie es aussieht haben alle Interessierten Platz bekommen. Wie an den letzten Sitzungen wird auch die heutige Sitzung aufgezeichnet und morgen auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet. Gemäss Beschluss Büro gilt dies dauerhaft und ist auch als Dienstleistung an die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde zu verstehen.

An der heutigen Sitzung sind 37 Einwohnerratsmitglieder anwesend, das heisst die absolute Mehrheit ist 19. Entschuldigt haben sich Luzia Sutter Rehmann, Bettina Wölnerhanssen und Konrad Widmer. Sirin Hauri ist etwas verspätet.

Mitteilungen des Präsidenten

Letzten Samstag fand unter der Organisation von Stephan Appenzeller, der Vorgänger im Präsidium, der traditionelle Einwohnerratsausflug statt. Der Besuch im Zolli, die Information und der Aperol im Jugendhaus sowie der kulinarische Höhepunkt im APH Schlossacker haben den Rat bei einem zwanglosen Austausch nähergebracht und haben sicher positive Auswirkungen auf die Politikultur. Der Anlass wird allen gut in Erinnerung bleiben und namens des Einwohnerrates und GR bedankt sich der Präsident ganz herzlich für die Organisation bei Stephan Appenzeller und allen weiteren Organisatoren. *[Applaus]*

Der Einwohnerratspräsident begrüsst zwei neue Gesichter im Saal. Einerseits sitzt neu auf dem Podium als Unterstützerin und Begleiterin des Einwohnerrats Claudia Guyaz. Sie vertritt wie erwähnt bis auf weiteres Linda Gerstner. Er wünscht Claudia Guyaz viel Erfolg und hofft auf eine gute Zusammenarbeit. An dieser Stelle gibt er gerne bekannt, dass Linda Gerstner am 16. August einen Sohn, David Stefan, geboren hat, der Familie geht es gut und er wünscht ihr im Namen des ganzen Rats und dem GR viel Glück und alles Gute.

Mit Schreiben vom 4. August hat Peter Sala von der FDP Fraktion seinen sofortigen Rücktritt als Einwohnerrat erklärt. Die Verwaltung hat umgehend den Nachfolgeprozess in die Wege geleitet, damit die erste Sitzung wieder vollzählig durchgeführt werden kann. Peter Sala ist am 1. Januar 2017 in den Einwohnerrat eingetreten als nachrückender für Stefan Kaiser. Er war seitdem Ersatzmitglied der GRPK und seit 1. Juli 2020 ordentliches Mitglied der BPK. Im Weiteren war Peter Sala Mitglied der Spezko Kabelnetz. Zu Beginn dieser Legislatur war Peter Sala auch Alterspräsident und eröffnete im Juni vor einem Jahr die neue Legislatur mit einer nachdenklichen Rede zur Corona Situation. Peter Sala war sehr technikaffin und hat die Fraktion und den Rat in seinen 4.5 Jahren Ratszugehörigkeit wiederholt durch sein Technikwissen bereichert und wertvolle Ansichten geteilt, die dann in unsere Beschlüsse eingeflossen sind. Der Präsident dankt Peter Sala für sein Engagement für Binningen im Einwohnerrat und hofft, dass sich sein Wunsch nach etwas mehr Ruhe und Freizeit und vor allem einem selbstbestimmten Terminkalender schnell und lang erfüllt. In Absentia bedankt sich der Präsident herzlich bei Peter Sala. *[Applaus]*

Als Nachrückende auf der FDP Liste und somit als neue Einwohnerrätin begrüsst er heute als zweites neues Gesicht Carole Inäbnit. Es ist für den Präsidenten eine spezielle Situation aber auch eine freudige, diese Konstellation dass ausgerechnet seine Tochter die Nachrückende ist in seinem Einwohnerratsprä-

sidualjahr, das freut ihn wahnsinnig. Er wünscht ihr einen guten Einstieg ins Parlament und viel Erfolg im Rat. [Applaus]

Simone Abt, SP meldet sich zu Wort. Im letzten Jahr gab Anina Weber ihren Rücktritt aus der SP-Fraktion und das nachrückende Gesicht ist nicht ganz so ein neues sondern jemand der im Rat auch schon eine gewisse Vergangenheit hat. Trotzdem möchte sie die Gelegenheit nutzen, auch Brigitte Strondl wieder unter den Ratsmitgliedern herzlich zu begrüßen. [Applaus] Der Präsident entschuldigt sich in aller Form bei Simone Abt und Brigitte Strondl, dass diese Begrüssung nicht präsidial stattgefunden hat, Brigitte Strondl ist ihm so bekannt dass er nicht realisiert hat, dass sie wieder neu beginnt. Noch einmal entschuldigt er sich dafür, dass sie nicht offiziell begrüsst wurde. Er wünscht Brigitte Strondl viel Erfolg und heisst sie herzlich willkommen zurück im Rat. Er bedankt sich bei Simone Abt.

Als Neuerung möchte der Präsident weiter bekanntgeben, dass in der Beratung der Geschäfte neu die Vizepräsidentin die Redner und Rednerinnen gemäss Wortmeldungsliste aufruft und das Wort erteilt. Er bittet die Anwesenden sich in den Beratungen bei der Vizepräsidentin zu melden, sie wird die Rednerliste führen so wie das die Geschäftsordnung vorsieht und wird auch gleich entsprechend das Wort erteilen. Der Präsident wird weiterhin die Debatte leiten, die Redezeit im Auge behalten und das Wort in allen anderen Fällen als bei der Geschäftsberatung erteilen.

Der neue Einwohnerratspräsident freut sich sehr darauf, den Einwohnerrat während eines Jahres zu leiten. Binningen steht vor schwierigen Fragen, insbesondere was Bauvorhaben und Investitionen angeht - zwei gewichtige Brocken sind schon heute auf der Traktandenliste. Diese Investitionsvorhaben werden den Gemeindehaushalt nachhaltig beeinflussen. Er wünscht sich, dass die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen gemeinsam mit dem GR und der Verwaltung verantwortungsbewusst, konstruktiv und mit Bedacht diese Geschäfte begleiten und steuern. Es steht sehr viel auf dem Spiel: die nachhaltige Entwicklung von Binningen, die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht eben zuletzt der gesunde Finanzhaushalt dieser prosperierenden Gemeinde.

Es muss alles daran gesetzt werden, Lösungen zu finden, die diese Ansprüche und Notwendigkeiten austarieren: Eine glaubhafte Politik ist die der Kompromisse und Realisation und nicht die der Extreme, wo am Ende von allen viel gefordert und trotzdem nichts erreicht worden ist. Das heisst nicht, dass sich nicht alle kritisch über die Projekte beugen sollen. Aber am Ende steht die Lösung als Ziel und nicht der Scherbenhaufen. Wie sollen sonst in drei Jahren Nachfolgerinnen und Nachfolger für die Einwohnerratsämter gefunden werden?

Es geht nicht um die Räte, sondern um Binningen und seine Entwicklung, die ja allen am Herzen liegt, sonst würde man sich nicht hier versammeln. Der Präsident wünscht allen erfolgreiche und respektvolle Debatten und hofft, viele Lösungen und gute Beschlüsse hier im Saal in den nächsten 12 Monaten zu finden. Er bedankt sich.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr.73, Postulat BPK Fahrradweg im Perimeter Schulcampus Dorf

Nr. 74, Postulat Grüne/EVP-Fraktion, Thomas Schwarb: Ergänzung des Jahresberichts

Nr. 78, Anfrage B. Fankhauser, SVP-Fraktion: Versorgungsregion

Nr. 79, Interpellation B. Fankhauser, SVP-Fraktion: Stand Versorgungsregion

Nr. 80, Anfrage S. Appenzeller, SP-Fraktion: Wie weiter mit der Versorgungsregion Allschwil Binningen Schönenbuch?

Die Antworten auf die eingegangenen Anfragen liegen schriftlich vor und müssen daher am Ende der Sitzung nicht mehr zusätzlich vorgelesen werden. Diese werden in Kürze auf der Webseite verfügbar sein.

Gemäss Geschäftsordnung können Vorstösse von den Verfasserinnen und Verfassern mündlich begründet werden. Der Einwohnerratspräsident fragt ob der Präsident der BPK kurz begründen möchte. Er verneint das, muss nicht speziell begründet werden, er wird innerhalb des Traktandums Schulcampus Dorf dazu sagen. Es werden keine mündlichen Begründungen zu den Vorstössen gemeldet.

Es wird mit der Traktandenliste weitergefahren.

Am 23. August hat Simon Maier seinen Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt gegeben. Er wird künftig im Ausland studieren. Der Einwohnerrat dankt Simon Maier für seinen Einsatz im Wahlbüro und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg in seinem weiteren Studium. Durch diesen Rücktritt und durch den bereits erwähnten Rücktritt von Peter Sala gibt es Änderungen in der Besetzung des Wahlbüros und den ständigen Kommissionen. Wahlbehörde ist für die ordentlichen und oder Ersatzmitglieder der Einwohnerrat. Um nun rasch diese Behörden und Kommissionen zu komplettieren, schlägt das Büro dem Rat vor, die Traktandenliste mit einem neuen Traktandum 2 «Ersatzwahlen in BPK GRPK und Wahlbüro» zu ergänzen. Es liegen konkrete Vorschläge für alle Sitze vor, die Wahlen könnten tatsächlich auch vorgenommen werden. Der Präsident fragt ob es zum Antrag des Büros Wortmeldungen gibt und ob jemand gegen die Ergänzung der Traktandenliste ist. Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ergänzung der Traktandenliste stillschweigend genehmigt.

BESCHLUSS

://: Es werden folgende Änderungen der Traktandenliste beschlossen:

- Gesch. Nr. 75: Ersatzwahl von einem Mitglied in die Bau- und Planungskommission
 - Gesch. Nr. 76: Ersatzwahlen stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission
 - Gesch. Nr. 77: Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro
-

Der Präsident fragt, ob es weitere Wünsche zur Anpassung der Traktandenliste gibt.

Daniel Setz, FDP erläutert, dass im Geschäft des GR sowie in den erhaltenen Dokumenten konstant ein Sachzwang und eine prioritäre Verknüpfung des Werkhofneubaus mit der Entwicklung des Spiesshöfli-Areals erwähnt werden. Bis jetzt hat der Einwohnerrat noch keine Geschäfte des GR erhalten welche aufzeigen welche politischen und Quartiersentwicklungspläne der GR im Spiesshöfli verfolgt. Daher ist im Einwohnerrat noch keine politische Debatte über die Entwicklung des Spiesshöfliareals geführt worden. Die FDP stellt den Antrag das Traktandum «Investitionsausgabe Werkhofneubau; ergänzende Abklärungen» von der Traktandenliste gestrichen wird und erst wieder nach Erhalt und der Diskussion im Einwohnerrat von der gemeinderätlichen Vorlage zum Spiesshöfli traktandiert wird. Gemäss Geschäftsplanung sollte die gemeinderätliche Vorlage zum Spiesshöfli in der nächsten Einwohnerratssitzung stattfinden.

Der Präsident fragt ob es Wortmeldungen zum Antrag der FDP gibt.

Stephan Appenzeller, SP möchte kurz und nicht inhaltlich Stellung nehmen. Die SP möchte dieses Geschäft heute behandeln. Das Geschäft ist bereits zum zweiten Mal auf der Traktandenliste, bereits im Mai wurde es schon einmal ausgesetzt um die Option Bottmingen zu prüfen. Es liegt ein Bericht vor mit einer klaren Absage von der Nachbargemeinde jetzt noch einmal zu verzögern, erscheint der SP als Salamipolitik, als Verhinderungspolitik mit dem Ziel dass am Schluss gar kein Werkhof gebaut wird. Daniel Setz hat gesagt, dass das Spiesshöfli bereits nächsten Monat auf den Tischen der Räte landet und es ist sicher richtig dass man die beiden Themen in ihrer Abhängigkeit auch ansieht, der richtige Ort wo dies gemacht werden kann ist in der BPK, wo dann auch die beiden Geschäfte hin gehören. Jetzt der Werkhof und das Spiesshöfli dann in einem Monat. Die Kommission wird sich Zeit nehmen, das in der nötigen

Tiefe anzusehen so dass das problemlos möglich ist und keine weiteren Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen. Und deshalb ist die SP gegen die Streichung von der Traktandenliste und er bittet den Rat, dem zu folgen.

Thomas Schwarb, Grüne sagt, dass das Thema in der Fraktion auch besprochen wurde. Es wurde festgestellt dass eigentlich eine umgekehrte Abhängigkeit besteht, nämlich dass man beim Spiesshöfli erst sinnvoll zu handeln beginnen kann oder auch jemand findet der dort etwas machen will, wenn bekannt ist, dass dieser Werkhof überhaupt weg kommt. Und wenn der Werkhof aufgeschoben wird dann ist der Fortgang vom Spiesshöfli behindert, und nicht umgekehrt. Es scheint hier eine inverse Logik vorzuliegen. Entsprechend lehnt die Fraktion den Vorschlag zur Streichung des Traktandums auch ab.

Andrea Alt, CVP sagt dass auch ihre Fraktion dem Antrag der FDP auf die Verschiebung des Traktandums Werkhof nicht folgen wird. Sie bedankt sich beim GR für die Prüfung der gemeinschaftlichen Lösung mit Bottmingen, vor allem auch im Hinblick auf den Standort und wie bereits alle angenommen haben lässt sich in so kurzer Zeit keine gemeinsame Projektlösung finden. Sie sind aber der Meinung dass die Standortevaluation gründlich durchgeführt und auch in der BPK bereits ausführlich diskutiert wurde. Sie möchten deshalb am Standort weiterplanen und sehen von daher keine Notwendigkeit die Arealentwicklung am Spiesshöfli zu warten.

Jürg Blaser, SVP erläutert dass die SVP-Fraktion zur Kenntnis genommen hat, dass die gemeinschaftliche Lösung mit Bottmingen in Bezug auf den neuen Werkhof nicht umgesetzt werden kann. Aus ihrer Sicht hätte man bereits nach der ersten Machbarkeitsstudie von 2014 wieder auf Bottmingen zu gehen sollen als feststand, dass der Standort Birkenweg immer noch der beste sei. Die Chance hat man leider verpasst. Der Antrag des Gemeinderates das Geschäft 138 jetzt zur Überprüfung an die BPK zu übergeben ist ihrer Meinung nach verfrüht weil immer noch keine definitive Resultate einschliesslich Schlussbericht über die Zukunft des Werkhofareals Spiesshöfli vorliegen. Die SVP-Fraktion wird deshalb eine Überweisung an die BPK ablehnen und ist auch dafür dass das Geschäft Nr. 138 sistiert wird bis die Ergebnisse von dem Spiesshöfliprojekt vorliegen.

M. Schinzel, FDP findet, dass in jedem Bericht und in jedem Communiqué welche zu dem Werkhofareal vorliegen der Link gemacht wird zum Spiesshöfli. Zu sagen, dass das Spiesshöfli hier nicht eine wichtige Bedeutung hätte oder dass es gar umgekehrt wäre (die Abhängigkeit) so wie es jetzt die Grünen sagen. Dass man sagt man muss jetzt zuerst einmal über den Werkhof entscheiden und nachher über das Spiesshöfli, das ist absurd. Es wird in jedem Bericht und in jedem Communiqué praktisch auf jeder Seite auf diese Abhängigkeit hingewiesen. Es ist für ihn ganz klar dass bekannt sein muss – oder zumindest einmal eine Auslegeordnung und eine Diskussion gemacht wird – was man überhaupt mit dem Spiesshöfli will. Nachher kann entschieden werden wie geht es mit dem Werkhof weiter. Diese Alternativlosigkeit die mit dem Werkhof immer behauptet wird (möchte anbringen, dass im Moment ein Werkhof vorhanden ist der funktioniert) akzeptiert er so nicht und es ist ganz klar dass alles auf dem Tisch liegen muss bevor darüber entschieden werden kann ob der Werkhof dorthin verlegt werden soll oder nicht. Deshalb soll das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt werden.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP findet, dass unabhängig der Frage von Huhn oder Ei, was zuerst war, welche Logik nun in welche Richtung gilt, der Werkhof (das hat die BPK seinerseits festgestellt) heute nicht mehr in einem wirklich sehr tauglichen Zustand ist. Die Arbeitsbedingungen für diese Mitarbeiter sind eine Zumutung, es muss kompliziert gearbeitet werden und es wird unnötig Zeit verloren. Der Rat hat es selber gesagt, das Spiesshöfli Geschäft kommt in der nächsten Einwohnerratsitzung und darum macht es schlicht keinen Sinn, dieses Geschäft jetzt von der Traktandenliste zu streichen. Sie fordert den Einwohnerrat auf dieses in die BPK zu überweisen, dort kann gewartet werden bis das zweite Geschäft kommt und dann können beide zusammen geprüft werden wie es heute gewünscht wurde.

ABSTIMMUNG

ANTRAG: 17 JA / 18 NEIN (Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Das Traktandum 3 bleibt auf der Traktandenliste.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird bereinigt und gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 28.06.2021	
2. 2.1. Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2024	75
2.2 Ersatzwahlen stellvertretende Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2022	76
2.3. Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2022	77
3. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 10.08.2021 Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf (BPK-Bericht) Mitbericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger	21
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.08.2021 Investitionsausgabe Werkhofneubau, Ergänzende Abklärungen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	138A/XII
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.08.2021 Dringliche interfraktionelle Motion: neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen Geschäftskreisführung: Mike Keller	71
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Energieplanung Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	64
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.06.2021 Rückständebericht 2021 Geschäftskreisführung: Mike Keller	66
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen! Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	194/XII
9. Bericht des Gemeinderats vom 01.06.2021 Interpellation B. Fankhauser, SVP: Der Zolli will endlich das Baselbiet erobern: Binninger Jugendhaus muss weichen Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	41
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46

- | | | |
|-----|---|----------------|
| 11. | R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates | 60 |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.06.2021
Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 197/XII |
| 13. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021
Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 51 |
| 14. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021
Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 52 |
| 15. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 28.06.2021

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

1. Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission, Nr. 75

Der Präsident erläutert, dass gemäss Geschäftsordnung §49 Absatz 2 das Prinzip der Möglichkeit der stillen Wahl gilt – wenn die Anzahl der vorgeschlagenen der Anzahl der zu wählenden entspricht. Für den zurückgetretenen Peter Sala ist ein Mitglied in die BPK zu wählen. Der Präsident bittet um die Fraktionsvorschläge.

Daniel Setz, FDP erläutert dass die FDP-Fraktion als neues Mitglied der BPK Daniel Zimmermann vorschlägt. Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Daniel Zimmermann, FDP, als ordentliches Mitglied in die BPK gewählt.

2. Ersatzwahl stellvertretende Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Nr. 76

Der Präsident fährt fort, dass der Rücktritt von Peter Sala eine weitere Vakanz bei den Ersatzmitgliedern der GRPK zur Folge hat. Zudem hat die FDP Anspruch auf ein drittes Ersatzmitglied.

Daniel Setz, FDP schlägt für die Wahl der Ersatzmitglieder für die GRPK Claudia Fünfschilling und Carole Inäbnit vor.

Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Claudia Fünfschilling, FDP, als Ersatzmitglied in die GRPK gewählt.

://: Für die restliche Amtsperiode wird Carole Inäbnit, FDP, als Ersatzmitglied in die GRPK gewählt.

3. Wahlbüro, Nr. 77

Der Rücktritt von Simon Maier, FDP bedingt wie ebenfalls vorher schon erwähnt eine Neubesetzung im Wahlbüro, auch hier gibt es eine Ersatzwahl.

Daniel Setz, FDP schlägt für die Wahl als Mitglied vom Wahlbüro Carole Inäbnit vor. Sie hat bis jetzt als Stimmzählerin im Wahlbüro mitgearbeitet und kennt dadurch die Prozesse und Abläufe sehr gut. Sie möchte sich gerne zur Verfügung stellen, auch als gewähltes Mitglied des Einwohnerrates im Wahlbüro mitzumachen.

Wie üblich bei den Behördenwahlen gibt es eine Bewerbung für dieses Amt, diese liegt auf den Tischen auf, erläutert der Präsident. Auch hier gilt das Prinzip von der möglichen stillen Wahl. Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Carole Inäbnit, FDP, als Mitglied vom Wahlbüro gewählt.

Traktandum 3

Nr. 21

Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf (BPK-Bericht) Mitbericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie

GESCHÄFTSBERATUNG

Der Einwohnerratspräsident erteilt dem Präsidenten der BPK, Stephan Appenzeller, das Wort.

Stephan Appenzeller, SP beginnt mit seinen Ausführungen. Schulcampus Dorf, ein Schulhaus für 12 Primarschulklassen, 5 Kindergarten, 2 Turnhallen und eine Aula. Innerhalb der BPK ist man sich einig, Bin-

ningen braucht dieses Schulhaus. Binningen braucht dieses Schulhaus auch am Standort Dorf. Binningen wächst, die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen weiter und für sie braucht es neue, zusätzliche Schulräume. In den letzten Jahren hat man dafür zahlreiche Provisorien in Containern geschaffen, diese möchte die BPK mit diesem Schulhaus auch durch zeitgemässe Räume, durch ein modernes Schulhaus, ablösen. Darin ist man sich in der BPK wirklich einig, all dies braucht es. Das ist Binningen den jungen Familien schuldig, welche hier wohnen und auch jenen welche nach Binningen ziehen möchten und hier auch ihre Steuern bezahlen möchten. Wie viel das kosten darf, was alles zum Schulhaus gehören soll und welcher Ausbaustandard das Schulhaus haben darf, hier gingen die Meinungen in der BPK allerdings weit auseinander. Die Kommission hat 15 Sitzungen abgehalten, hat mehrere Hearings durchgeführt und sich mit dem Mitbericht der Spezko Immobilien-Strategie auseinandergesetzt. Diesen möchte Stephan Appenzeller hier explizit verdanken, der ganzen Kommission und ihrem Präsidenten, Christoph Maier. Die Kommission hat zahlreiche Varianten geprüft und berechnet und das Ergebnis ist dieser 20-seitige Bericht welcher den Ratsmitgliedern vorliegt. Der Votant möchte daraus das wichtigste herausgreifen, er geht davon aus, dass alle den Bericht gelesen haben.

Das Projekt als Ganzes wird von der Kommission sehr gewürdigt, sie haben dies auch festgehalten. Das Projekt überzeugt, das Projekt hat auch zweifellos das Potenzial, das Zentrum von Binningen auch städtebaulich aufzuwerten, nicht nur pädagogisch. Das Projekt schafft den nötigen, zusätzlichen Schulraum und schafft auch Sportanlagen. Es bietet der ganzen Bevölkerung der Gemeinde einen Mehrwert mit dem aufgewerteten Dorfplatz, mit den Schutzräumen, mit den zusätzlichen Parkplätzen welche dazu dienen sollen die Einkaufsgeschäften im Dorfzentrum – an der Hauptstrasse – besser zu erreichen. Und das Projekt erfüllt die Erfordernisse, dass es auch später, wenn sich die Bedürfnislage verändert, anderweitig genutzt werden kann, mit nur geringen Anpassungsarbeiten (z.B. für die Gemeindeverwaltung). Die Kommission hat sich zweifellos (so wie es zu den Aufgaben gehört) zu Beginn mit dem Bauprojekt selbst auseinandergesetzt. Es wurden verschiedene, bauliche Fragen geprüft. Die wichtigsten sind im Bericht festgehalten. Im Vordergrund waren dies Fragen zum Energiehaushalt, zur Nachhaltigkeit, zu SNBS also Standards für Nachhaltiges Bauen Schweiz und Minergie. Die Kommission hat sich überzeugen lassen (als eine Art roter Faden durch die ganze Kommissionsarbeit), dass diese Standards welche diesem Projekt zu Grunde gelegt sind nicht der grosse Kostentreiber sind, im Gegenteil. Es wird ein gewisser Mehraufwand bei der Planung geleistet bei SNBS, das zahlt sich aber langfristig aus. Eine zweite Frage mit welcher sich die Kommission am Anfang intensiv auseinander gesetzt hat ist der Veloweg, der Einwohnerratspräsident hat das Postulat am Anfang erwähnt. Die Kommission hat ein eigenes Postulat eingereicht mit welchem der GR gebeten wird, zu prüfen und zu berichten wie hier eine bessere Lösung gefunden werden kann.

Das Hauptthema der Beratungen waren aber nicht die baulichen Fragen sondern die Kosten dieses Projektes und die Kostenentwicklung. Die Kostenentwicklung hat der Kommission Sorge bereitet. Deshalb wurde auf Grund der vorhandenen Unterlagen mit ergänzenden Angaben des GR diese Kostenentwicklung auf Seite 5 des Berichtes auch graphisch dargestellt. Diese gibt ein eindrückliches Bild wenn man sieht, dass vor dem Architekturwettbewerb grob CHF 27.5 Mio. geschätzt wurden, heute sind es CHF 51.2 Mio., nicht ganz eine Verdopplung aber doch eine erhebliche Kostensteigerung. Die Analyse sagt aber auch, dass der grösste Kostentreiber nicht das Schulhaus an und für sich ist sondern all die Teilprojekte die seither dazu gekommen sind. Die Sanierung der Bestandesschulhäuser und da v.a. die Erdbeben- und Brandschutzertüchtigungen. Das Parking welches grösser geworden ist als ursprünglich angedacht. Auch die Neugestaltung des Dorfplatzes, welche am Anfang nicht eingerechnet war, welche wiederum eine Anforderung war von einem früheren Einwohnerrates welcher das gewünscht hat. Noch ein kleinerer Posten welcher dann noch dazu kam war das Thema «Kunst am Bau». Die Hauptarbeit der Kommission hat entsprechend darin bestanden, all diese Teilprojekte zu überprüfen. Braucht es diese, was kann eingespart werden, welche Leistungen wollen wirklich bestellt werden mit diesem Schulhaus und welche nicht. Systematisch wurde bei allen Teilprojekten diese Prüfung vorgenommen. Es wurde geprüft ob etwas vereinfacht werden kann oder ob auf einzelne Teilprojekte verzichtet werden kann. Es wurden aber auch generelle Optimierungen über alles in Erwägung gezogen, prozentuale Kosteneinspa-

rungen. Und überlegt wurde auch ob es Teilprojekte gibt, welche später in fünf, 10 oder 15 Jahren umgesetzt werden könnten.

Bestandteil der Prüfung war auch die Frage nach der finanziellen Tragbarkeit welche die Aufgabe der Spezko Immobilien-Strategie war. Die Spezko kam zu einer klaren Einschätzung. Diese hat im Bericht zusammengefasst, dass das Projekt für sich alleine betrachtet für die Gemeinde Binningen finanzierbar und tragbar ist. Dies unter Berücksichtigung der im Finanzplan hinterlegten, geplanten Investitionen. Die Spezko hält aber auch fest, dass für weitere Investitionen eine Anpassung der Finanzordnung der Gemeinde oder eine Lockerung der Schuldenbremse notwendig ist. Zusammen mit der Spezko hat die BPK auch erhoben, welche Drittpostenbeiträge zu erwarten sind für dieses Projekt. Es ist so, dass Binningen in der Schlussabrechnung nicht 100% der Kosten stemmen muss. Die BPK ist auf einen Anteil von CHF 2.5 Mio. gekommen welche aus verschiedensten Fonds und Quellen des Kantons für Förderung von Minergie etc. zur Verfügung stehen. Wenn die entsprechenden Reglemente und gesetzlichen Rahmenbedingungen während des Baus und bei Abschluss noch in Kraft sind, dann kann mit diesem Beitrag gerechnet werden. Der Löwenanteil von ca. 95% muss Binningen aber alleine stemmen. Was wichtig ist: es wird jetzt nicht von der Gesamtsumme ausgegangen welche eines Tages den Binningerinnen und Binninger Stimmbürgern vorliegen wird. Die CHF 2.5 Mio. werden abgezogen weil in der Gemeinde das Bruttoprinzip gekannt wird, also muss der Gesamtkredit bewilligt werden. Einfach in der Schlussabrechnung kommen dann diese Drittbeiträge in Abzug.

Bis dahin konnten in der BPK schnell die verschiedenen Elemente zusammengetragen werden. Die Analyse war so wie sie beschrieben ist und man war sich in der Kommission darüber einig. Die Meinungen sind dann auseinander gegangen als es darum ging zu entscheiden, was macht man jetzt damit. Wo finden sich die Kommissionsmitglieder. Die Bandbreite was in der Kommission vertreten worden ist, was eine verantwortbare Grösse für dieses Projekt, ist weit auseinander gegangen. Es gab Mitglieder welche am liebsten das unveränderte Projekt des GR zur Genehmigung vorgeschlagen hätten. Es gab Mitglieder welche am liebsten auf das Parking ganz verzichtet hätten und auch noch die Bestandesschulhäuser erst zu einem späteren Zeitpunkt saniert hätten. Hiermit wäre man auf ein Kostendach von ca. CHF 35 Mio. gekommen. Es wäre eine schwierige Ausgangslage dort mehr als nur ein Zufallsmehr zu finden. Trotzdem wurde in Etappen diese Bandbreite eingeschränkt. In einem ersten Durchgang wurden verschiedene maximal Varianten ausgeschieden. Zum Beispiel wurde die Variante ausgeschieden, auf ein Parking ganz zu verzichten, also dieses nicht nur zu halbieren wie es jetzt in einer Variante der Fall ist. Dies aus verschiedenen Gründen. Ein Grund war, dass trotzdem eine gesetzliche Parkplatzzustellungspflicht gibt, dann müssten diese Parkplätze alle oberirdisch realisiert werden. Dies wäre ziemlich schwierig auf diesem Areal wo das Schulhaus geplant ist. Man müsste dann wahrscheinlich den Dorfplatz in einen Parkplatz umbauen. Ausserdem müsste die ganze Anlieferungslogistik für das Schulhaus neu konzipiert werden. Im Projekt ist geplant, dass diese durch die Tiefgarage erfolgt. Damit auch getrennt von den Wegen der Schülerinnen und Schüler. Verworfen hat die BPK auch den Verzicht auf die Sanierung der Bestandesschulhäuser. Auch hier gibt es mehrere Gründe. Einer davon ist, dass der Schulcampus Dorf davon ausgeht, dass das neue Schulhaus und die beiden bestehenden zusammen das gesamte Raumprogramm erfüllen und dass auf die alten Schulhäuser nicht verzichtet werden kann. Zweitens wurde auch entschieden, dass die Erdbeben und Brandschutzertüchtigungen nicht weggelassen werden können, diese werden zum Schutz der Schulkinder benötigt. Das war für die Kommission ein unbestrittenes muss. Auf der anderen Seite hat die BPK aber auch die maximal Variante einer unveränderten Gemeindevorlage verworfen, ohne Abstriche war man sich einig geht es nicht. Das Minimum sind die Kosteneinsparungen über alles von 2.5% und der Verzicht von privater Finanzierung und «Kunst am Bau». In einem zweiten Schritt hat die Kommission drei Varianten vertieft geprüft. Es sind jene welche auf Seite 10 des Berichts dargelegt werden. Dies durchaus in der Hoffnung, dass irgendwo in der Mitte etwas gefunden wird, was vielleicht nicht zu einer Einstimmigkeit aber trotzdem zu einer grossmehrheitliche Zustimmung innerhalb der Kommission führen würde. Die Hoffnung hat sich zerschlagen, konkret hat die Variante 2 gerade eine 5:4 Mehrheit gefunden, die beiden anderen Varianten haben keine Mehrheit gefunden. Die Mitglieder waren sich aber einig, dass kein Vorschlag dem Rat unterbreitet werden soll welcher nur von

einer 5:4 Mehrheit getragen wird. Es ist das grösste Investitionsprojekt welches Binningen je vorgelegt wurde. Da ist es wichtig, dass der Einwohnerrat wenn möglich ein viel deutlicheres, stärkeres Votum abgibt als ein Zufallsmehr. Das wäre ein schlechtes Signal dann auch für eine Volksabstimmung. Deshalb hat die Kommission dann den am Schluss obsiegende Kompromissantrag entwickelt. Hier schlägt die Kommission nun nicht nur eine Variante vor sondern zwei, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger darüber entscheiden können und auswählen können, welche bevorzugt wird. Die zwei Varianten sind jene welche im Antrag festgehalten sind. Variante eins als leicht reduziertes Projekt gegenüber dem Vorschlag des GR (2.5% Optimierungen über alles, auf «Kunst am Bau» wird verzichtet und Kosten von aufgerundeten CHF 49.5 Mio.). Variante zwei sieht zusätzliche Einsparungen beim Parking vor (eine Halbierung des Parkings) und eine einfache Gestaltung des Dorfplatzes, so dass ein Kostendach von knapp CHF 45 Mio. erreicht wird. Die Idee ist, dass dieses Geschäft so vom GR überarbeitet wird. Wenn es dann zu der Volksabstimmung kommt, können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wie bei einer Initiative mit Gegenvorschlag, zwei Fragen beantworten. Dann folgt die Stichentscheid Frage nach der bevorzugten Variante. Das für den Fall, das beide Varianten ein Volksmehr erreichen.

Dieses Verfahren wurde von der Kommission durch den Rechtsdienst der Gemeinde Binningen geprüft. Der Rechtsdienst hat dieses auch mit der Landeskantlei abgesprochen, ob so ein Verfahren möglich ist. Dies wurde der Kommission bestätigt. Das Vorgehen ist im Gesetz über die politischen Rechte des Kantons so beschrieben, deshalb kann dies so angewendet werden. Damit dies auch so gemacht werden kann beantragt die BPK eine formelle Rückweisung des Geschäfts an den GR damit das Projekt in diesem Sinne überarbeitet wird und dann – die Kommission schätzt in einem halben Jahr – wieder dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Damit der GR sofort loslegen kann beantragt die Kommission gleichzeitig die Aufstockung des Projektierungskredites um CHF 500'000. Diese Summe ergibt sich aus der Einschätzung aus dem Hearing der Kommission mit dem externen Bauherrenvertreter. Letztendlich ermöglicht der Einwohnerrat mit diesem Vorgehen, dass die Stimmberechtigten selber darüber entscheiden, welcher Umfang und welcher Ausbaustandard der Schulcampus Dorf bekommen wird.

Das Projekt ist, wie bereits schon mehrfach erwähnt, die grösste Investition welche in Binningen je auf dem Tisch lag, egal ob es nun die grosse oder die light Variante ist. Hier ist es der BPK wichtig, dass das Projektmanagement nicht nur während der Planung sondern auch während des Baus gut aufgestellt ist. Deshalb erwartet die Kommission dass mit dem überarbeiteten Projekt der GR auch aufzeigt, wie er dies machen möchte, wie sieht die Projektorganisation aus. Es wird erwartet dass aufgezeigt wird, dass die Projektorganisation personell gut dotiert ist und dass es auch weiterhin eine starke unabhängige externe Bauherrenvertretung gibt.

Der Votant weiss, dass bereits Abänderungsanträge zu den Anträgen der Kommission vorbereitet sind, mit dem Ziel diesen Kompromiss welcher in der BPK hart erarbeitet wurde wieder aufzubrechen. Er würde es in seiner Rolle als Präsident dieser Kommission sehr bedauern, wenn man am Schluss dieser Debatte wieder am Anfang wäre und mit einem Scherbenhaufen nach Hause gehen müsste. Stephan Appenzeller appelliert deshalb auch ganz im Sinne des Präsidenten in seinem eintretenden Votum, diesem Kompromiss eine Chance zu geben, diesem unkonventionellen Vorgehen mit zwei Varianten und dem Stichentscheid eine Chance zu geben. Zuerst zu schauen, was der GR nun macht und dann das Geschäft in einem halben Jahr wieder im Einwohnerrat debattiert wird. Denn etwas ist klar, Binningen braucht dieses neue Schulhaus, die Schulkinder brauchen zeitgemässe Schulräume und er ist überzeugt, dass alle Räte der Containerwirtschaft im Binninger Schulwesen ein Ende setzen wollen. Deshalb bittet der Votant – namens der einstimmigen BPK – um Zustimmung zu den Anträgen.

Der Präsident bedankt sich beim Kommissionspräsidenten der BPK und fragt den Kommissionspräsidenten der SpezKo Immobilien-Strategie ob dieser noch zum Mitbricht etwas erläutern möchte.

Christoph Maier, FDP denkt, dass mit der zweimaligen Beilage des Berichtes der Spezialkommission Immobilien-Strategie jeder Einwohnerrat doppelt die Gelegenheit hatte, vom Bericht der Spezko Immo-

lien-Strategie Kenntnis zu nehmen. Mit der Zusammenfassung von Stephan Appenzeller sollte genügen, dass jeder Einwohnerrat und jede Einwohnerrätin jetzt weiss, was die Spezko Immobilien-Strategie zur Finanzierung dieses Geschäfts gemeint hat. Er möchte deshalb auf eine erneute Wiederholung verzichten.

Susanna Keller, SVP bedankt sich bei der BPK für den Bericht «Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf» und dem «Mitbericht der Spezko Immobilien Strategie». Die SVP-Fraktion betont noch einmal, dass alle absolut nicht gegen benötigten Schulraum sind. Es ist ihnen ein grosses Anliegen dass die Kinder eine gute Ausbildung bekommen, dies ist Wegweisend für den künftigen Lebensweg. Sie können dem Ansatz, dass das Stimmvolk letztlich über das Projekt entscheiden und zwei Varianten mit Stichentscheid vorgelegt bekommen soll, folgen. Sie unterstützen dies auch. Noch einmal, es ist der SVP-Fraktion ein Anliegen, dass Binningen neuen Schulraum bekommt. Bei den vorliegenden Anträgen können jedoch nicht wirklich zwei Varianten ausgemacht werden. Die Vorschläge liegen preislich zu nahe zusammen. Diese erscheinen der SVP-Fraktion wie ein Stück Wähe mit oder ohne Rahm. So können sie das nicht unterstützen. Dem stimmberechtigten Wähler wird vorgegaukelt, die Wahl zu haben. Diese besteht, allerdings nur die Wahl eines evtl. minimal kleineren finanziellen Übels. Aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion beschlossen, eine Änderung zur vorgeschlagenen Variante Schulcampus Dorf light einzureichen. Der GR wird beauftragt, die Kosten dieser Variante durch einen erhöhten Prozentsatz beim Punkt «Optimierung am Bau» sowie durch die Ausgleichung der Gebäudekosten von Geschossfläche an die durchschnittlichen, schweizweiten Gebäudekosten gemäss Vergleichsstudie von Basler & Hofmann AG anzupassen. Diese Kosten dieser Variante können so auf ca. CHF 40 Mio. gesenkt werden. Somit liegen zwei effektive Varianten vor, mit einem Unterschied von CHF 10 Mio. Bezieht man sich auf +/-10% Kostenreduktion beträgt die Summe CHF 8.5 Mio., CHF 10.4 Mio. würde diese bei einer Erhöhung der Kosten betragen. Sie bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung dieses Antrages.

Luzi Jehle, SP sagt dass heute ein wichtiger Tag sei. Fast wie für Erstklässlerinnen der erste Schultag. Die Bedeutung zeigt sich auch durch die anwesende Schulleitung. Im September 2020 hat der Einwohnerrat dieses Geschäft zur Beratung in die BPK überwiesen. Auch die Spezko Immobilien-Strategie hat einen wichtigen Auftrag bekommen, die Prüfung der Finanzierung. Fast ein Jahr ist seither vergangen, heute ist klar, es ist machbar und vor allem weiterhin nötig. Er wiederholt sich hier etwas, bei der Schulraumplanung von Binningen gibt es Handlungsbedarf, nicht erst seit heute. In dieser ganzen Zeit wurde viel über den Preis, zeitweise etwas weniger über die damit verbundene Qualität geredet. Gute Bildungsqualität kostet etwas. Das Ursprungsprojekt ist und bleibt für die SP ein gelungenes Ensemble als positiven Teil für die ganze Schule aber auch für das Dorf. Nach der Bestätigung der Tragbarkeit und Finanzierbarkeit vom Projekt hätte es die SP eigentlich lieber gesehen, wenn die BPK dem Kreditantrag des GR ohne weitere Bedingung zugestimmt hätte. Viel Zeit ist bereits den Birsig herunter geflossen und noch immer hat sich baulich nichts getan. Gleichzeitig sieht aber die SP auch den Bedarf an Klärung durch den Souverän und stützt diesen eingeschlagenen Weg. Wenn die Kommission nach so langer Beratung und Verhandlung zu einem solchen Ergebnis kommt, ist die Befragung der Einwohner das richtige Mittel um abschliessend die richtige Dimension zu finden. Die SP denkt es braucht alle Komponenten des Ursprungsprojektes für die Weiterentwicklung des Dorfkerns. Wir dem Volk aber nun die endgültige Wahl gelassen und die SP unterstützt die Vorschläge der Kommission? Auch wenn es faktisch nun eine Rückweisung ist, so doch mit einem klaren Auftrag und Ziel. Binningen wird dieses Schulhaus bauen und den Kindern wird langfristig eine hohe Lernqualität geboten. Der erste Schultag wird dadurch noch mehr Freude bereiten. Die SP-Fraktion dankt insbesondere dem GR für den bisherigen und künftigen Einsatz und unterstützt in diesem Sinne die Anträge der BPK. Und nur die Anträge der BPK. Sie steht gleichzeitig fest zum Credo «Schule plus Dorf, 1 plus 1 gleich doppelt gewonnen».

Peter Bertschi, EVP erläutert, dass die Grüne-EVP-Fraktion sämtlichen Anträgen der BPK und der Spezko Immobilien zustimmen wird und das Geschäft an den GR zurück weisen. Ihm wäre eine direkte Genehmigung der BPK Variante 1 für CHF 29 Mio. lieber gewesen. Aufgrund der Tatsache dass genügend fi-

nanzielle Reserven vorhanden sind und der Raumbedarf unbestritten ist an den Schulen. Die Investitionen welche geplant sind in naher Zukunft dürfte die Situation an den Schulen noch einmal verschärfen. Durch die Umplanung entstehen unnötige Planungskosten und dazu ein zusätzlicher Zeitverzug welche die Grüne/EVP-Fraktion eigentlich nicht gutheisst. Das führt aber weiterhin dazu dass die teuren Schulprovisorien länger bestehen bleiben und evtl. sogar neue Provisorien gebaut werden müssen. Weiterhin geben sie zu bedenken, dass sich die Preise auf dem Baumarkt im Moment relativ stark nach oben bewegen, das könnte auch einen negativen Einfluss auf die Gesamtprojektkosten haben. Wenn Binningen auch in Zukunft eine attraktive Wohngemeinde bleiben will für den Steuerzahler, dann muss auch guter und nachhaltiger Schulraum angeboten werden. Sie sehen dies als Investition in die Kinder und auch in die Zukunft. Sollte nun der Antrag der BPK keine Mehrheit finden, wird die Grüne/EVP-Fraktion einen Antrag stellen dass die Variante 1 gemäss BPK Vorschlag verabschiedet wird.

Daniel Setz, FDP bedankt sich bei der BPK für den ausführlichen und hochwertigen Bericht und die umfangreichen Analysen und Abklärungen. Insbesondere wird geschätzt, dass die BPK als Kompromiss zwei Varianten dem Einwohnerrat und dem Souverän unterbreitet. Der Erfolg der Schweiz beruht nicht nur auf Kompromissfähigkeit sondern massgeblich auch auf dem hervorragenden Bildungssystem. Die FDP setzt sich ein für ausgezeichnete Rahmenbedingungen für die Bildung und anerkennt deshalb auch die Notwendigkeit und Dringlichkeit für zusätzlichen Schulraum in Binningen. Für die FDP ist es deshalb zentral, dass möglichst bald ein zusätzliches Schulhaus gebaut wird. Auf der anderen Seite liegt der Fokus aber auch auf Kostenbewusstsein und gesunden Gemeinde Finanzen. Es war klar, dass mit dem neuen Schulhaus in einen sauren Apfel gebissen werden muss, allerdings erreicht die Säure des Schulcampus Dorf die Grenze der Geniessbarkeit. Die Grössenordnung von sämtlichen, geplanten Investitionsprojekte der nächsten Jahre ist erdrückend. Daher ist es für die FDP relevant, sich bei diesem Projekt auf das Wesentliche und Notwendige zu beschränken und auf unnötigen Luxus zu verzichten. Die Variante light ist völlig ausreichend, die Entwicklung eines Dorfzentrums zwischen den beiden bestehenden Primarschulhäusern ist unnötig. Ein Pausen- und Begegnungsplatz für Schüler ist wichtiger. Auch für die «Kunst am Bau» sowie eine Veränderung der Curt-Goetz Strasse sieht die FDP keine Notwendigkeit. Das aktuelle Projekt ist gemäss den zitierten Vergleichsstudien für Schulraumbauten 25% teurer als der gesamt Schweizer Durchschnitt. Im Bericht der BPK fehlen der FDP konkrete Sparmassnahmen und Optimierungen. Die vom GR als möglich erachteten Einsparungen von 2.5% sind lächerlich gering. Die FDP hätte sich hier mehr Sparwille und mehr Bereitschaft für Einsparungen gewünscht. Das Optimierungs- und Sparpotenzial wird als bedeutend grösser beurteilt. Deshalb unterstützt die FDP – oder zumindest teilweise – den Antrag der SVP. Für die FDP ist es wichtig, dass das neue Schulhaus bald realisiert werden kann, ohne substanzielle Verzögerungen durch Überarbeitungen des Projektes. Eine Mehrheit der FDP will den Antrag der SVP unterstützen ansonsten unterstützt die FDP alle Anträge der BPK.

Thomas Hafner, CVP die CVP/glp-Fraktion bedankt sich bei der Bau- und Planungskommission für den Bericht sowie der Spezko Immobilien-Strategie für den finanziellen Mitbericht. Der Votant freut sich, dass nach fast einem Jahr über dieses wichtige Zukunftsprojekt der Gemeinde Binningen im Einwohnerrat abgestimmt werden kann. Es ist das grösste Bauprojekt welches in Binningen heute hoffentlich als weiteren Schritt in die Zukunft gemacht werden kann. Das Investitionsprojekt braucht an diesem Abend von allen eine klare Bekenntnis zur Realisierung und Weiterführung in die Zukunft. Es braucht eine überparteiliche Mehrheit und einen Kompromiss miteinander. Die CVP/glp-Fraktion ist weiterhin wie bereits im vergangen September vom Projekt Schulhauscampus Dorf überzeugt. Sie ist sich bewusst, dass diese Kosten wirklich sehr hoch sind. Das vorliegende Gesamtprojekt ist das Resultat von über 10 Jahren Vorarbeit welches in Binningen nun unbedingt umgesetzt werden muss. Es ist an der Zeit in Binningen, dass die längst notwendigen Bauten und Infrastrukturen endlich neu erstellt werden. Auch für die CVP/glp-Fraktion ist natürlich das Schulhaus das allerwichtigste, es sind dies aber auch die anderen Projekte wie Renovationen, das Parking usw. Es ist wichtig dass es hier jetzt endlich weitergeht und die Schüler und Kindergärtner in absehbarer Zukunft wieder bildungsgerechte Klassenzimmer in ihrer nahen Wohnungsumgebung zur Verfügung haben. Die BPK und die Spezko haben sich sehr intensiv mit

diesem Schulcampus auseinandergesetzt, das Resultat liegt nun vor. Die BPK empfiehlt schlussendlich zwei Varianten weiterzuerfolgen und beide Varianten Schulcampus Dorf und Schulcampus Dorf light dem Stimmvolk zur Abstimmung vorzulegen, mit zusätzlichem Stichtentscheid. Die CVP/glp-Fraktion befürwortet dies, im Wissen, dass das Projekt sehr umstritten ist. Bei der Frage ob Binningen sich diese Investitionen zukünftig leisten kann kommt die Spezko Immobilien-Strategie aufgrund der dargelegten Analysen zum Schluss, dass das Projekt Schulcampus Dorf von Binningen in Zukunft finanzierbar und tragbar sein wird. Die CVP/glp-Fraktion dankt beiden Kommissionen für die engagierten Abklärungen welche hauptsächlich bezüglich der Finanzierung sehr intensiv geführt wurden. Sie möchte in Erinnerung rufen, dass ein Schulhaus für mindestens drei Generationen gebaut wird. Die Finanzierung muss nicht – wie bis anhin in Binningen üblich – in zwei drei Jahren abbezahlt werden. Ein attraktives Binningen mit vielversprechendem Schulanangebot kann auch den Zuzug von guten Steuerzahlern mit ihren Familien positiv beeinflussen. Eventuelle Abweichungen von tieferen Kreditforderungen welche heute gehört wurden, wird die CVP/glp-Fraktion nicht unterstützen. Es ist wichtig, dass alle gemeinsam für ein solch einzigartiges notwendiges Gesamtprojekt im Dorfzentrum eintreten. Eine Verhinderung dieses Projektes wäre schade. Die CVP/glp-Fraktion folgt allen Anträgen der BPK und stimmt allen Anträgen zu.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne bedankt sich von ihrer Seite für die grossartige Arbeit die die BPK geleistet hat. Dank geht auch an die Verwaltung für die Unterstützung welche sie bei dieser Arbeit geleistet hat. Der Schulcampus Dorf ist seit langem das erste, grössere oder bisher grösste Bauprojekt in der Gemeinde. Es geht da aber nicht nur um ein Schulhaus sondern um vieles mehr. Es geht um die Renovation und Erdbeben Sicherung von zwei bestehenden Schulhäusern, einem Bau von einer Autoeinstellhalle welche als Zivilschutzanlage genutzt werden kann, sowie um die Gestaltung eines Dorfplatzes, welcher diesen Namen verdient hat und schon lange von den Einwohnern in Binningen und auch schon mehrmals im Einwohnerrat gewünscht wurde. Solche Zusatzwünsche sind während der Planung dazugekommen und wurden auf Wunsch des Einwohnerrates auch integriert. Dass das die Gemeinde einiges Kosten wird ist klar, klar ist aber auch dass diese Zusatzwünsche nicht nur aus der GR-Küche gekommen sind, sondern auch im Einwohnerrat und vom Volk gewünscht wurden. Es geht um einen grossen Betrag, dem stimmt sie zu. Binningen bekommt aber auch einiges dafür, das darf nicht vergessen werden. Der Schulcampus Dorf hat viele Mehrwerte und diese haben auch ihren Preis. Vor allem die Multifunktionalität, damit es später mit wenig Aufwand auch möglich sein wird dieses Gebäude umzunutzen (falls es einmal nicht mehr voll ausgelastet wird als Schulhaus), Qualität und dauerhafte stabile Materialien. Das Schulhaus wird vor allem von Schülerinnen und Schülern bewohnt. Dann gibt es zwei Turnhallen und es gibt vor allem Platz für die Musikschule welche aus allen Nöten platzt. Die Gemeinderätin hat gehört, dass der Bau eines Schulhauses nicht bestritten ist, und das freut sie. Es ist an der Zeit, dass die Schülerinnen und Schüler aus ihren Kaninchenställen befreit werden und ihnen ein artgerechter Lebensraum bereitgestellt wird. Die Aufteilung in zwei Varianten über welche das Volk abstimmen kann, findet sie einen guten Weg und sie ist froh darüber, dass die BPK einen solchen Kompromiss erarbeitet hat und in ihrem Bericht einstimmig verabschiedet hat. Somit kann das Volk entscheiden, wieviel ihm die Umgestaltung des Dorfplatzes und auch eine Einstellhalle bedeutet. Zum Antrag drei der BPK zu den CHF 500'000 Zusatzkredit für die weitere Planung wendet sie ein, dass schon erste Gespräche mit Planern stattgefunden haben Es wird schwierig grosse Projektänderungen zu planen und die Zahl von CHF 500'000 wurde nicht vom GR verifiziert. Es gab solche Voten von diesen Fachplanern. Der GR wird sehen, dass dies noch abgeklärt werden kann denn sie setzt selbstverständlich alles daran, dass möglichst kosteneffizient geplant und gebaut werden kann. Gründliche Planung und vor allem ein präzises Kostenschild für die Variante zwei ist ihr persönlich sehr wichtig, vor allem wenn dann mit diesen beiden Preisschildern die Volksabstimmung bestritten wird. Anschliessend möchte sie keine Überraschungen mehr erleben.

Der GR plant und baut was unbedingt nötig ist und geht auch sparsam mit den ihm anvertrauten Steuergeldern um, dafür steht sie. Der von der BPK geschätzte und vertretbare Zeitverlust von sechs Monaten für diese Projektüberarbeitung beinhaltet aber nicht die anschliessend politischen Prozesse im Einwohnerrat. Da ist von einem grösseren Zeitverlust auszugehen welcher Rahel Bänziger Sorge bereitet. Bis jetzt besteht nämlich bereits ein Rückstand von einem Jahr auf Marschtabelle. Mit der neuerlichen

Beratung mit dem Einwohnerrat bittet sie deshalb jetzt schon um grosse Effizienz. Auch weil Bauen immer teurer wird. Das Postulat der BPK bezüglich dem Veloweg begrüsst sie sehr, denn dieser macht ihr seit Dossier Übernahme vor einem Jahr grosse Bauchschmerzen. Sie merkt an, dass im Saal durchaus auch noch gewisse Beziehungen zum Landrat bestehen, welche das Thema der kantonalen Veloroute auf eine nächste Ebene bringen könnten.

Sie möchte gerne noch zum Kostendach Stellung nehmen, welches die SVP gefordert hat. Hier jetzt auf einen Durchschnitt von Geschossflächenziffern zu kommen welche für alle Schulhäuser passt, geht so nicht auf. Das Schulhaus welches hier geplant ist, wird als äusserst effizient bezeichnet. Es gibt dazu einen Koeffizienten welcher der Durchschnitt in der Schweiz ist, dieser liegt bei 0.51. Es heisst auch im BPK Bericht (der für das geplante Schulhaus berechnete Wert liegt bei 0.57), dass dieser Wert als überdurchschnittlich effizient im Flächenverbrauch bezeichnet werden kann. Von daher erscheint es ihr als schwierig einfach zu sagen, beim einen Schulhaus gibt es sehr viel Effizienz, aber beim anderen soll dann auf den Durchschnitt heruntergekommen werden. Dieses Kostendach erachtet sie deshalb als sehr schwierig und sie würde es sehr bedauern. Es würde die Raumplanung massiv verlängern wenn dieses Kostendach angenommen würde.

Sie bedankt sich noch einmal für die gute Aufnahme und die geleistete Arbeit und hofft, dass jetzt mit dem Kompromiss weitergefahren werden kann, der GR das Projekt zur Überarbeitung zurücknehmen kann und dann beide Varianten mit einem exakten Preisschild dem Volk vorgelegt werden können, damit das Volk darüber entscheiden kann was es möchte. Ein Schulhaus, oder auch noch etwas Schlagrahm auf der Wähe.

Daniel Zimmermann, FDP äussert sein Erstaunen über die Aussagen der zuständigen Gemeinderätin. Im Einwohnerrat wird nun ein Geschäft behandelt mit den Anträgen der BPK. Er ist erstaunt darüber, dass eine Zahl für einen weiteren Planungskredit von CHF 500'000 genannt wird, darüber dass von professioneller Planung mit einem möglichst hohen Nutzen geredet wird und gleichzeitig die Türe aufgemacht wird, dass die halbe Million evtl. nicht reichen könnte. Er findet das etwas unseriös und der GR hatte vermutlich ausreichend Zeit diese Zahl zu verifizieren. Scheinbar wurde dies auch in der BPK nicht gemacht, er habe diese Angaben nicht bekommen. Das erscheint ihm schon etwas seltsam. Er möchte daran erinnern, dass die BPK 2019 zu diesem Projekt ein Kostendach von grosszügigen CHF 40 Mio. festgelegt hat. Letztlich ist es zu einem Projekt mit viel Zugemüse gekommen welches fast CHF 50 Mio. kostet. Er sieht das als Zeichen, dass gemacht wird was jeder gerne hätte und das Geld ist sowieso vorhanden. Letztlich spielt es keine Rolle wenn der Kredit nicht reicht, man kann ja dann einen Nachtragskredit fordern. Das findet er sehr unseriös. Er möchte beliebt machen, dass diese Zahl geprüft wird bevor dem Rat ein Zusatzkredit von einer halben Million für Planungsergänzungen aufgeschwatzt wird.

Rahel Amacker, CVP legt dar, dass es eine zentrale Frage gibt über welche sich alle, oder fast alle in diesem Projekt einig sind. Es braucht mehr Schulraum, deshalb braucht es ein neues Schulhaus, und zwar ein Schulhaus welches den zukünftigen Anforderungen der nächsten Generationen entspricht. Auch die beiden bestehenden Schulhäuser müssen in die Zukunft geführt werden, vor allem bezüglich Erdbbensicherheit und Brandschutz. Das heisst, man ist sich einig, dass der grösste Teil von diesem Investitionspaket benötigt und gewollt wird. Ob jetzt ein grösseres oder kleineres Parking nötig ist und wie der Dorfplatz gestaltet werden soll, da gibt es zwischen den Parteien unterschiedliche Meinungen. Dass das Schulhaus mit zwei Turnhallen für CHF 31.2 Mio. sowie die Erdbeben- und Brandschutzertüchtigung von CHF 2.4 Mio. und Sanierung von CHF 3.5 Mio. für das Margarethen und Pestalozzi Schulhaus benötigen, darüber war sich die BPK einig. Unter der Berücksichtigung sämtlicher Zahlen ist sich der Rat bei über CHF 40 Mio. einig. Bei der Differenz geht es jetzt noch um CHF 4.5 Mio. Das gewählte Abstimmungsverfahren ist komplex, es ist deshalb wichtig, dass klar gemacht werden kann, dass es ein doppeltes Ja für den grundsätzlichen Entscheid für ein neues Schulhaus braucht. Erst in der Stichfrage soll dann unterschieden werden, welche Variante umgesetzt werden soll. Zum Schluss möchte sie in aller Klarheit sa-

gen, für dieses grosse Investitionsprojekt der Gemeinde Binningen braucht es keine Alleingänge. Es braucht einen überparteilichen Kompromiss und Zusammenhalt.

Marc Schinzel, FDP wiederholt, dass gesagt wurde es braucht ein neues Schulhaus und das ist unbestritten und es braucht dieses im Dorf. Genau dort herrscht Schulraummangel und dieser besteht aus gesetzlichen Vorgaben welche der Gemeinde gewissen Schulraum vorschreibt. Zudem ist es schlicht auch eine Standortfrage. Die SVP hat einen Antrag auf ein reduziertes Kostendach gestellt. Er versteht den Ärger der SVP darüber, dass das Delta welches nun zwischen den beiden von der BPK vorgeschlagenen Varianten welche auch in die Volksabstimmung sollen, zu klein ist. Das hat auch mit einer gewissen Unkultur welche man sich in Binningen angeeignet hat zu tun. Es gibt immer den «Binninger finish», das Projekt war bei CHF 27 Mio., dann auf CHF 31 Mio., dann auf CHF 40 Mio. und dann auf CHF 51 Mio. Es wurde immer gesagt, dass wenn man nun schon dabei ist, wird das auch noch gemacht, wird das auch noch reingenommen. Die Finanzen, die Stabilität der Finanzen angesichts dieser Projekte welche die Gemeinde alle stemmen muss (es ist ja nicht nur dieses Schulhaus sondern auch noch andere, es ist die Schwimmhalle die kommen wird, es wird noch über den Werkhof diskutiert werden) ist es eben enorm wichtig, dass diese Finanzstabilität vorhanden ist. Andererseits stimmt er zu, dass schon lange über diese Schulraumplanung und über dieses Schulhaus geredet wird und die BPK, das möchte er betonen, hat einen sehr sorgfältig ausgearbeiteten Bericht vorgelegt. Es ist ersichtlich, wie viel gearbeitet wurde daran. Binningen braucht diesen Schulraum und die Gemeinde lebt mit Provisorien, und die kosten auch. Sie kosten fast eine Million pro Jahr. Es ist deshalb auch nicht so, dass keine Kosten entstehen würden wenn jetzt einfach weiter nichts gemacht werden würde. Es ist nun wichtig, dass dieses Projekt nun realisiert wird, dass das Schulhaus gebaut wird. Aus diesem Grund können der Votant und auch eine Minderheit der FDP dem Antrag nicht zustimmen. Es muss jetzt vorwärts gehen und geschaut werden, dass dieser Schulraum zur Verfügung gestellt wird, das ist jetzt eine zentrale Aufgabe. Der Präsident bittet den Votanten zum Schluss zu kommen, da seine Redezeit bereits überschritten ist. Die Variantenabstimmung ermöglicht eine gute politische Entscheidung und das sei eben wichtig, dass genau dann eine gute Legitimation des Volksentscheidendes erreicht werden könnte. Dies ermöglicht der Vorschlag der BPK. Deshalb wird er sich der Stimme enthalten.

Simone Abt, SP findet nicht nur die SVP muss eine kleine Kröte schlucken, der SP ginge es ähnlich. Man darf die Leute welche Ganzheitlich denken, welche vielleicht etwas weiter in die Zukunft denken und welche möglichst viel in das Projekt hineinpacken möchten nicht unbedingt als Geldschleudern bezeichnen. Es spart auch Kosten wenn rechtzeitig vieles angedacht wird, wenn versucht wird Sachen welche angedacht wurden bereits zu berücksichtigen. Und dann entsprechend elaborierte Projekte vorgelegt werden. Das mag dann im Moment vom reinen Umfang her etwas schwierig zu bewältigen sein, dafür hat sie Verständnis. Das ist der Kompromiss welche die SP hier gemacht hat, sie hätten gerne bereits etwas vorgelegt für weitere Entwicklungen von dieser Gemeinde welche allen am Herzen liegt. Welche sie nicht als Schlafgemeinde sieht, wo also nicht nur ein Schulhaus hereingepflanzt wird wenn es gerade eines braucht. Sie respektiert die Arbeit der beiden Kommissionen und ist beeindruckt, dass sie eine Lösung gefunden haben mit diesen beiden Varianten. Sie ist auch beeindruckt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger so ernst genommen werden, dass sie effektiv zwischen zwei Optionen wählen können. Dieser Unterschied ist nicht so klein, normalerweise sind CHF 5 Mio. viel Geld für die Gemeinde, normalerweise! Sie ist der Meinung, dass dies eine gute Option ist. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sollte die Möglichkeit gegeben werden, auf die bestehenden Begehrlichkeiten auf beide Seiten zu verzichten. So bleiben vielleicht alle im Boot und das wäre doch eine gute Sache. Sie hat auch das Gefühl, dass eine gute Lösung auf etwas mehr als die Hälfte plus eins von diesem Rat basieren sollte.

Barbara Fankhauser, SVP möchte wiederholen was Susanna Keller vorher gesagt hat. Die SVP ist absolut für dieses Schulhaus, das Schulhaus wird gebraucht. Die SVP will dieses Schulhaus auch, sie sagt s den Stimmbürgern sollen zwei Varianten vorgelegt werden welche effektiv einen Unterscheid vorweisen, wo man sich entscheiden kann. Wenn der Stimmbürger dann sagt, nein, wir wollen die teurere Variante mit

den besseren Materialien dann wird das so sein. Aber auch Stimmbürger welche finden es müsste auch CHF 10 Mio. günstiger gehen müssen abgeholt werden. Die SVP sagt seit Jahren es brauche ein Kostendach, denn es ist nicht das Geld vom Rat sondern das Geld des Steuerzahlers. Sie bittet noch einmal den Antrag der SVP auf Variante 1.3. Schulcampus Dorf light zu unterstützen.

Thomas Hafner, CVP sagt auch die CVP ist kostenbewusst. Es sei sehr wichtig jetzt mit einer Vorlage vors Volk zu gehen, seit Jahren drehe man sich im Kreis was Schulraum anbelangt. Natürlich könnte jetzt noch lange diskutiert werden, am Schluss kostet das mehr Substanz, mehr Zeit und mehr Geld. Bereits jetzt werden Klassen verschoben, es sei jetzt ganz wichtig endlich vorwärts zu gehen.

Roman Oberli, SVP erwähnt bei der Ansicht der aktualisierten Schülerprognosen, brennt das Dach mittelfristig. Vor allem dann nicht wenn das Schulhaus gebaut würde. Es wurde erwähnt es müsse eine Kröte geschluckt werden und vor allem an die Zukunft gedacht werden. Genau diese Aussagen bereiten ihm Sorge. Wenn er sieht, wie die linke Ratshälfte jedes Luxusprojekt (z.B. auch einen Werkhof welcher CHF 5 Mio. mehr kosten soll) ohne zu zögern durchwinken möchte. CHF 180 Mio. absegnen möchte, obwohl Binningen das höchste Steuersubstrat pro Einwohner hat. Man muss sich genau fragen, ob es das so alles braucht. Auch die light Variante, zieht man in Betracht dass die CHF 500'000 Kredit noch einmal anstehen, dann ist das eine Nettoersparnis von CHF 4 Mio. Da muss man sich fragen für eine Summe von CHF 50 Mio. ob das wirklich so eine light Variante ist. Er findet das nicht und plädiert deshalb für den Vorschlag der SVP.

Daniel Setz, FDP möchte nicht wiederholen was seine Kollegen der Fraktion bereits gesagt haben. Er möchte einen anderen Punkt des Berichtes noch einmal beleuchten: Dorfplatz oder vielleicht eben halt eher Pausen- oder Jugendplatz. So wie es aussieht wird dieses Schulhaus ja hoffentlich gebaut und dadurch werden mehr Jugendliche in diese Region von Binningen kommen. Die besten Feste welche in Binningen veranstaltet wurden befanden sich meistens rund um das Schloss. Er appelliert deshalb darauf, eine Zone zu schaffen wo sich die jugendlichen treffen können, etwas lauter sein können ohne eingehende Lärmklagen. Es soll dort ein Pausen und Jugendplatz gebaut werden und nicht versucht werden, etwas für alle zu machen was am Ende wieder nichts für niemanden ist.

Thomas Schwarb, Grüne stellt die Frage, wie die Beträge zustande gekommen sind. Die BPK hat gewisse Leitlinien verfolgt nämlich nur Zahlen zu übernehmen, welche belegt werden konnten. Der Minimumstandard war Experten dazu zu befragen oder der GR hat explizit dazu Auskunft gegeben. Wenn dann andere Kostensenkungen vorgeschlagen werden, dann heisst das je nach dem Eingriff in Projekte welche eigentlich darüber hinausgehen über das was man will. Er möchte an den Wettbewerb erinnern, welcher vom Einwohnerrat aus gemacht wurde und das Gewinnerprojekt ja befürwortet wurde. Je nach dem kann das einfach nicht gebaut werden, wenn es niemanden gibt welcher das Projekt zum Wunschpreis bauen kann. Die BPK war sehr präzise, z.B. bei den Vergleichspreisen welche genannt wurde, hier scheint es ein Missverständnis zu geben. Die Aussage was ein mittlerer Preis ist, was ein oberes oder unteres Quartil ist heisst nicht, dass im oberen Quartil der Preis 25% höher ist sondern dass nur noch 25% von den anderen Projekten teurer waren und das vorliegende Projekt. Die Spannweite ist viel kleiner. Deshalb habe die BPK versucht, das so präzise wie möglich zu machen, zu begründen und nicht irgendeine Überlegung zu machen, wo am Ende gar kein Anbieter gefunden werden kann, das Projekt umzusetzen. Also ein realistisches Projekt. Das hat die BPK konsequent gehalten und deshalb haben andere Varianten eine hohe Wahrscheinlichkeit zu scheitern.

Stephan Siegel, SVP möchte zum Mitbericht der Spezko noch etwas sagen. Es wurde einige Male zitiert, dieses Projekt sei tragbar und finanzierbar. Natürlich ist es das für sich, wenn die Bilanz vom Jahresanfang angesehen wird gibt es da etwa CHF 90 Mio. flüssige Mittel, Eigenkapital vorhanden. Natürlich ist das dann tragbar und finanzierbar, aber dann kommen ja jedes Mal wieder die CHF 180 Mio. welche genannt wurden, jedes Projekt kommt sehr teuer daher. Er möchte deshalb dies noch zu bedenken geben. Baselland sei der Kanton mit der zweihöchsten Pro-Kopf Verschuldung in der ganzen Schweiz, nur

Genf sei höher. Und deshalb plädiert die SVP auf tiefere Projektkosten, tiefere Investitionen und deshalb auch für die CHF 40 Mio. Kostendach.

ABSTIMMUNG

Der Präsident nennt noch einmal den vorliegenden Antrag der SVP. Dieser bezieht sich auf den Punkt 1.3. – also zum Antrag der BPK Punkt 1.3. Dieser lautet wie folgt:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den letzten Satz der letzten Variante Schulcampus Dorf light BPK Antrag 1.3. wie folgt neu zu formulieren:

Für den notwendigen Baukredit legt der Einwohnerrat ein Kostendach von CHF 40 Mio. (inkl. MwSt. von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% fest. Dieser Betrag ist mit einem erhöhten Prozentsatz (>= 5%) beim Punkt «Optimierung am Bau» sowie einer Annäherung der Gebäudekosten / Geschossfläche (BKP2/GF) an die durchschnittlichen schweizweiten Gebäudekosten gem. Vergleichsstudie Schulraumbauten von Basler & Hofmann AG umzusetzen.

Abstimmungsprozedere:

Antrag der SVP wird dem Antrag Punkt 1.3. der BPK entgegen gestellt. Es wird geschaut, welcher der beiden Anträge obsiegt. (Antrag SVP: Ja/grün, Antrag BPK: Nein/rot)

ANTRAG der SVP: 13 JA / Antrag BPK: 22 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 03)

ANTRAG 1 der BPK (Punkte 1 – 4):	35 JA / 2 NEIN	(Abstimmung 04)
ANTRAG 2 der BPK:	Einstimmig JA	(Abstimmung 05)
ANTRAG 3 der BPK:	29 JA / 6 NEIN / 2 Enthaltungen	(Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Der Antrag der SVP wird abgelehnt.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zur Schulraumplanung der BPK zur Kenntnis.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie zur Kenntnis.

://: Der Einwohnerrat weist das Geschäft 21 «Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf» zur Überarbeitung gemäss folgenden Anträgen der BPK an den GR zurück:

- Es sind zwei Varianten des Schulcampus Dorf weiterzuverfolgen
- Die Variante «Schulcampus Dorf» umfasst den Bau des neuen Schulhauses, den Umbau und die Sanierung der bestehenden Schulhäuser Margarethen und Pestalozzi, den Ersatz des Kunstrasenfeldes, den Bau eines Parkings mit 76 Plätzen, den Bau von öffentlichen Schutzplätzen sowie die Neugestaltung des Dorfplatzes. Für den notwendigen Baukredit legt der Einwohnerrat ein Kostendach von 49.4 Mio. CHF (inkl. MWSt von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% fest.
- Die Variante «Schulcampus Dorf light» umfasst den Bau des neuen Schulhauses, den Umbau und die Sanierung der bestehenden Schulhäuser Margarethen und Pestalozzi, den Ersatz des Kunstrasenfeldes, den Bau eines kleinen Parkings mit 37 Plätzen (inkl. öffentliche Schutzplätze) sowie die Herrichtung des Dorfplatzes primär als Pausenplatz. Für den notwendigen Baukredit legt der Einwohnerrat ein Kostendach von 44.9 Mio. CHF (inkl. MWSt von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% fest.
- In der späteren Volksabstimmung sind den Stimmberechtigten beide Varianten mit Stichfrage zum Entscheid vorzulegen.

://: Der Einwohnerrat bewilligt für die Projektüberarbeitung eine Erhöhung des Planungskredits für das Vorprojekt plus «Schulcampus Dorf» um CHF 500'000 (inkl. MWSt) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% Prozent. (vgl. Geschäft XII/95).

Traktandum 4

Nr. 138A/XII

Investitionsausgabe Werkhofneubau, Ergänzende Abklärungen

GESCHÄFTSBERATUNG

Der Präsident führt ins Traktandum ein. Der GR hat aufgrund des Auftrages durch den Einwohnerrat vor der Sommerpause die geforderten Abklärungen getroffen mit der Gemeinde Bottmingen und stellt dazu zwei Anträge. Der eine ist die Kenntnisnahme und der andere ist ein Überweisungsantrag an die BPK. Er bittet die Fraktionen um deren Wortmeldungen.

Christoph Maier, FDP sagt die Fraktion habe vom Bericht an den Einwohnerrat Kenntnis genommen. Allerdings ist die Fraktion mit dem Resultat welches zurückgespielt wurde nicht zufrieden. Die Gesprächsführung des GR mit Bottmingen überzeugt nicht. Es nimmt kein gutes Ende wenn man einen Partner sucht und gleich beim ersten Treffen schon das Hochzeitsdatum als Ultimatum vorlegt. Die Wahrscheinlichkeit, dass daraus überhaupt eine Partnerschaft entstehen kann ist relativ klein. Und genau das sei passiert. Die Gespräche wurden aufgenommen unter der Prämisse, dass keine Zeit vorhanden sei. Dringend sei es nötig einen neuen Werkhof zu haben. Es ist klar, dass Bottmingen nicht auf Binningen gewartet hat sondern an eigenen Planungen arbeitet. Dann lasse man sich auch von der Nachbargemeinde nicht drängen. Das Resultat welches jetzt herausgekommen ist, ist deshalb alles andere als überraschend. So wie man in den Wald hineinruft, so kommt es auch wieder zurück. Die Fraktion und er sehen nicht, worin die grosse Dringlichkeit überhaupt besteht. Binningen könnte es sich gut leisten, auf eine Lösung mit der Nachbargemeinde auch zu warten. Selbst wenn dies Geld kostet, um den bisherigen Werkhof weiter zu unterhalten und in einen betriebs sicheren Zustand zu bringen. Das wäre allemal die bessere Lösung als jetzt wegen einer nicht nachvollziehbaren Dringlichkeit etwas über das Knie zu brechen.

Der Werkhof, betont der Votant, ist so wie er jetzt vorgelegt wurde, ein teurer Kompromiss. Selbst der GR muss zugeben, dass er an diesem Standort mit eingeschränkten Nutzungszeiten leben muss. Mit dem Pfarrer muss dann jeweils abgesprochen werden ob eine Lieferung kommen kann oder ob dann gerade eine Abdankung stattfinden wird. Diesen Koordinationsprozess hat der Sprecher noch nirgends gesehen und es nimmt ihn wunder, ob für diese Koordination jemand eingestellt werden müsste. Ganz abgesehen davon sei es ein fauler Kompromiss, weil die Werkstoffsammlung welche an sich zum Werkhof gehört, noch nicht einmal Teil des Projektes sei. Das wurde auf unbestimmt verschoben. Diese Werkstoffsammlung sei unangenehm, ein Standort dafür muss auch noch gefunden werden innerhalb der Gemeinde. Wo diese doch eigentlich zu einem synergistischen Projektes eines Werkhofes gehört, meint der Votant. Alles in allem ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es sich die Gemeinde leisten kann zu warten, dieses Projekt hat keine Priorität. Es gibt andere Projekte welche Priorität haben. Es gibt Projekte welche wirklich wichtig sind für die Gemeinde, der Werkhof ist es nicht. Bevor sich der Einwohnerrat etwas vom GR bezüglich Priorisierung sagen lassen muss, muss dieser wenigstens seine Karten aufdecken und aufzeigen worin diese Priorität dann liegen soll. Dann kann allenfalls die Entscheidung über die Priorisierung noch einmal überdacht werden im Rat. Bis dahin muss dieses Geschäft leider wieder zurück an den GR überwiesen werden und dieser soll das Geschäft dann wieder traktandieren, wenn er seine Karten kann und möchte auf den Tisch legen.

Thomas Schwarb, Grüne führt aus die Grüne/EVP-Fraktion den Standort auch suboptimal zu finden, insbesondere wegen der Nähe zum Friedhof, der peripheren Lage und der Erreichbarkeit. Sie sehen aber keine Alternative. Frühere Abklärungen haben keine besseren Varianten dargebracht, die Lärmbeeinträchtigung des Friedhofs sollte ausreichend abgegrenzt sein. Er möchte auch daran erinnern ihm nicht bekannt zu sein, dass Piloten instruiert werden wenn gerade eine Abdankung stattfindet eine halbe Stunde mit dem Überfliegen des Gebietes zu warten. Das Projekt hat die Grüne/EVP-Fraktion überzeugt, durch die Einbettung in der schwierigen Hanglage, vom Erscheinungsbild und von der Funktionalität her. Die Notwendigkeit ist ausreichend nachgewiesen durch das der bestehende Werkhof zunehmend nicht mehr funktionsfähig ist. Zu der Trägerschaft einer gemeinsamen Lösung z.B. mit Bottmingen: vielleicht liegt es auch daran, dass Bottmingen wie alle wissen, eine sehr schlimme Gemeinde ist welche sich von Binningen – erst noch mit bösen Worten – abgetrennt hat. Da kann man sich ja sowieso nicht darauf verlassen, was die sagen. Und auf die Binninger Stimmbevölkerung kann man sich auch nicht verlassen, die haben ja auch einmal nein dazu gesagt dazu. Da ist eine schwierige Sache. Man könnte sich durchaus mit dem Zolli abstimmen, es wurde gehört dass dieser ja auch einen Werkhof benötigt und auch Lärm macht, das könnte auch noch geprüft werden. Oder vielleicht hat Basel-Stadt auch noch etwas was sie gerne mit Binningen zusammen machen möchten. Zu der Abhängigkeit vom Spiesshöfli habe er seine Meinung gesagt. Der Votant kann sich schwer vorstellen, dass wenn der Werkhof besteht etwas auf dem Spiesshöfli machen kann. Er weiss nicht wie zwei Gebäude am gleichen Ort gemacht werden können, es hat doch irgendein Physiker herausgefunden, dass zur gleichen Zeit am gleichen Ort nicht zwei Sachen sein können. Von dem her macht es Sinn, erst ein freies Areal definitiv zu beplanen. So lange dies so umstritten ist, dass es frei wird, ist dies zweitrangig. Zum Preisschild: die Kosten erscheinen hoch, der GR hat aber gezeigt wie sich diese ergeben haben und was bei den konkreteren Planungsarbeiten gegenüber den früheren, groben Schätzungen zu höheren Kosten geführt hat (ist u.a. der komplexen Bausituation zu verschulden). Zum weiteren Vorgehen glaubt die Fraktion dass die BPK der richtige Ort ist, um ein solches Projekt noch einmal zu durchleuchten. Es ist sicher so gross, dass es in einer Kommission beraten werden muss. Die Kommission – das hat man gesehen – nimmt sich auch die Freiheit allenfalls ein Geschäft noch einmal zurück zu weisen wenn sie dies als zwingend erachtet. Aber das Geschäft pauschal jetzt zurück zu weisen erachtet die Fraktion für nicht zielführend und unterstützt deshalb die Überweisung an die BPK klar.

Barbara Fankhauser, SVP könnte ihren Speech vom Mai wiederholen. Der Standort kommt für die SVP nicht in Frage, die Kosten sind schon wieder fast doppelt so hoch wie beim ersten Projekt. Anwohner durften zwar ihre Meinung sagen und ihren Input geben, diese Rückmeldungen wurden jedoch überhaupt nicht verwertet. Sie findet das spannend mit dem Spiesshöfli; sie meint sich zu erinnern, dass es einmal im Rat gesagt wurde, es müsse das aktuelle Werkhofareal unbedingt freigegeben werden damit das Gebiet Spiesshöfli erschlossen werden kann. Ein Stück Land von Binningen, von welchem es ja scheinbar fast keines mehr gibt, für eine Zufahrtsstrasse welche dann auch noch mit Mehrverkehr durch die Parkstrasse verbunden ist daran zu geben findet sie als SVP-Fraktionschefin etwas fraglich. Der Standort beim Friedhof ist und bleibt pietätlos, der Werkhof wie er geplant ist sei bereits wieder überdimensioniert, bereits gibt es wieder goldene Türfallen. Die SVP geht einig mit der FDP dass dieses Geschäft zurückgestellt und überarbeitet wird, wenn klar ist was mit dem Spiesshöfli ist. Und auch – wenn man das Pressecommuniqué genau durchliest von wegen Bottmingen – mag sie sich nicht erinnern, dass der Auftrag erteilt wurde ein Gespräch mit der Gemeinde Bottmingen zu führen und macht ihnen den Standort Friedhof so bekannt, dass diese mit Binningen zusammen den Standort auf diesem Areal machen. Das war nie der Auftrag, sondern lediglich zu prüfen, ob es eine Möglichkeit mit der Gemeinde Bottmingen zusammen gibt einen gemeinsamen Standort zu finden.

Thomas Hafner, CVP die CVP/glp-Fraktion bedankt sich beim GR für den ersten Bericht. Wie im Mai bereits erwähnt ist der Bericht sehr umfangreich dokumentiert und die Forderungen und insbesondere die Anliegen aus der Einwohnerratssitzung vom 4. November 2019 sind komplett berücksichtigt worden. Eingeschlossen sind hauptsächlich auch die zwei zentralen Empfehlungen der BPK. Wie damals erwähnt wäre die CVP/glp-Fraktion vollumfänglich zufrieden, wenn die Kosten nicht so hoch wären. Die Fraktion

bedankt sich bei der Gemeinderätin für die Abklärungen mit Bottmingen, schade, aber die Nachbargemeinde kann nicht dazu gezwungen werden. Es war zu erwarten, dass diese Antwort gegeben wird, er möchte dem vorherigen Sprecher der FDP nicht gerade so emotional folgen. Er weiss nicht, was man sich erwartet hat, aber das mit Bottmingen ist wirklich schwierig. Dass es zwingend eine angrenzende Gemeinde sein soll ist für alle klar, wenn mit jemandem zusammengearbeitet werden soll. Die gibt es aber rund um Binningen nicht, welche einen neuen, modernen Werkhof benötigen – abgesehen vom Bottmingen, welche nicht wollen. Die anderen haben nämlich ihren Bedarf bereits gedeckt. Somit ist die Standortfrage für die CVP/glp-Fraktion definitiv geklärt. Der geplante Standort ist die noch immer einzige machbare Option in Binningen, nicht die beste aber dort könnte ein Werkhof realisiert werden. Eine neue Option, wie z.B. ein unterirdischer Werkhof an einem noch nicht definierten Standort würde sicher noch viel teurer werden. Wie gesagt, sie halten am gewählten Standort fest. Einzig die Kostenhöhe erachten sie als hoch. Das Ziel sei wirklich gewesen, eine Rückweisung mit dem Auftrag das Projekt zu überarbeiten, mit einem maximalen Beitrag von CHF 11.2 Mio. abgeleitet von den CHF 8.6 Mio. plus die 30%. Eine Prüfung der Kosten in der BPK erachtet die Fraktion als nicht optimal. Die BPK ist normalerweise nicht der geeignete Ort um Architekt zu spielen und eine Kostenoptimierung für ein Bauprojekt zu bestimmen ohne, dass die dazugehörigen Fachkenntnisse vorhanden sind. Das ist eigentlich die Aufgabe des Architektenteams und den dazugehörigen Fachplanern. Der Bauherr – die Gemeinde Binningen – bestimmt im Normalfall das zur Verfügung stehende Baubudget für eine Investition. Dann wird gemeinsam mit dem Architekten das Projekt budgetgerecht ausgearbeitet. Die kleine Fraktion ist sich bewusst, dass sie alleine keine Rückweisung nur für eine Kostenoptimierung an diesem Abend im Rat durchsetzen können. So, dass dieses Geschäft kostenoptimiert wieder zurück in den Einwohnerrat geht und dann schlussendlich wohlgemeint besprochen wird. Die Grundhaltung erachten sie zu einer Verhinderung zu einem Werkhof als zu gross. Aus diesem Grund möchte die Fraktion wohlwollend und im Sinne einer kooperativen Zusammenarbeit einen Versuch in der BPK starten wohlwissend, dass es nicht der beste weg ist. Sie hoffen aber Unterstützung und Bereitschaft auf Seiten des GR zu erhalten und die Kosten senken zu können. Nicht so wie beim Schulcampus Dorf – die Mithilfe seitens GR war beim Schulcampus Dorf nicht ausreichend. Die CVP-Fraktion beantragt aus diesem Grund eine Überweisung in die BPK. Der Wunsch wäre aber ein überarbeitetes Projekt des GR gewesen. Somit werden folgende Anträge gestellt: Antrag eins Überweisung des Geschäftes in die BPK und Antrag 2: Die BPK macht eine Überprüfung der Kosten. Die zusätzlichen Begehrlichkeiten durch den Betreiber nach dem BPK Bericht von 2019 herausfinden, Kostenersparnisse in der Höhe von ca. CHF 2.5 Mio. zu finden.

Stephan Appenzeller, SP ist überrascht über das Votum von Thomas Hafner, er habe sich auf etwas anderes vorbereitet. Er möchte etwas sehr ähnliches sagen wie er und war froh darüber, dies zu hören. Vorab teilt auch die SP die Auffassung, dass es das Beste ist, wenn eine Eintretungsdebatte geführt wird, damit auch die materiellen Themen gesammelt werden können was beschäftigt, und dann dieses Geschäft an die BPK zur Vertiefung dieser Fragen überwiesen werden kann. Das Projekt an und für sich ist ein gutes Projekt, es ist ein notwendiges Projekt. Binningen ist seit über 10 Jahren am Thema neuer Werkhof, die Dringlichkeit ist für die SP Fraktion gegeben. Auch wenn er schaut was vor nicht einmal zwei Jahren im Einwohnerrat verhandelt wurde, was die frühere BPK unter einem freisinnigen Präsidium empfohlen hat, das waren alles einstimmige Entscheide, dass erstens am Standort Friedhof und zweitens auch mit einer Dringlichkeit mit dieser Planung weiterfährt. Er wundert sich darüber, wenn die gleichen Leute welche damals dabei waren (es gibt ein paar neue Mitglieder im Rat, dennoch waren sehr viele damals auch schon dabei) jetzt wortgewaltig ihre Meinung geändert haben. Was sind es für Themen welche beschäftigen? Er kann dem nur zustimmen: das eine ist die Standortthematik, Bottmingen ist für die SP ad acta. Bestimmt könnte vertieft angesehen werden, wie das dann auch operativ funktionieren soll am Standort Friedhof, dass man ein realistisches Bild hat. Lärmquellen gibt es viele, nicht nur der Werkhof, es gibt auch andre. Diese Konflikte können benannt und illustriert werden. Das andere ist natürlich auch die Frage der Kosten und er gibt hier ehrlich zu, auch innerhalb der SP wurde zuerst einmal geschluckt als das frühere Preisschild von CHF 8.6 Mio. auf CHF 13.3 Mio. angewachsen ist. Diese Kostenentwicklung ist zwar im Bericht des GR detailliert dargelegt, aber auch er ist der Meinung eine BPK muss das unter die Lupe nehmen und auch Fragen stellen. Braucht es all das was vorge-

sehen ist, welche Leistungen wollen bestellt werden, welche nicht. Beim Schulcampus hat man sich in der BPK genau solche Fragen gestellt, er wünscht sich hier auch eine enge Zusammenarbeit mit dem GR, damit das Kooperativ gemacht werden kann und damit dann auf Basis einer soliden Auslegeordnung dem Einwohnerrat gegebenenfalls auch ein tieferes Kostendach beantragt werden kann. Ob das jetzt schon vorgegeben werden soll oder ob es nicht gescheiter wäre das Ergebnis von der Kommissionsarbeit abzuwarten, hier würde er wahrscheinlich den Akzent anders setzen. Auch die SP wird im Rahmen eines solchen Programmes konstruktiv mitarbeiten. Der dritte Punkt ist ihm auch ein Anliegen, er habe es im ersten Votum bereits gesagt. Die Abhängigkeiten zum Projekt Spiesshöfli, wenn diese Vorlage dann da ist, sollte diese in die BPK mitgenommen werden und geschaut werden wo die Chancen und Risiken liegen damit eine Gesamtsicht entwickelt werden kann. Das ist wirklich politische Knochenarbeit, Grundlagenarbeit welche in der Kommission aufgearbeitet werden kann. Jetzt einfach so wie er es gegenüber interpretiert, er nimmt an auf dem Zettel von Christoph Maier steht Rückweisungsantrag, das Geschäft ohne Leitplanken, ohne Diskussion abzumurksen fände er falsch und auch politisch verantwortungslos. In diesem Sinne ist die SP für die Zustimmung zu den Anträgen des GR.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hat nun das Wort. Sie hat mir Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass offenbar der BPK Bericht von 2019 schon wieder vergessen wurde. Stephan Appenzeller habe ihn erwähnt, wo die BPK den Standort als – wie sich alle einig sind – nicht als optimal aber als die beste aller Lösungen bezeichnet hat. Die Notwendigkeit des Werkhofes wurde nicht in Frage gestellt und man hat auch explizit die Abhängigkeit mit dem Spiesshöfli anerkannt. Im Übrigen wurde nie irgendwelche Informationsverweigerung zum Thema Spiesshöfli betrieben. Dieses Geschäft war schlicht einfach noch nicht so weit, dieses kommt nächste Woche. Der GR hat immer gesagt, dass dort die entsprechende Information geliefert wird und es ist nicht ansatzweise die Rede davon, dass dort Obstruktion betrieben würde.

Die Kosten sind ein Thema und das ist auch das was die meisten bewegt, was sie auch nachvollziehen kann. Es sind auch ihre Steuergelder welche da mitgebraucht werden vom gesamten GR und von dem her kann sie die Kostenfrage absolut nachvollziehen. Auch dort wurde gesagt, dass gewollt ist, dass die BPK diese Sache überprüft. Es geht nicht darum, dass die BPK Architekt spielt oder planerische Leistungen überprüft, aber das Problem in diesem konkreten Fall sind die Leistungen welche der Werkhof heute anbietet. Es wurde versucht diese in diesem neuen Projekt Werkhof abzubilden und die Prozesse zu optimieren, so dass das das ist was jetzt in diesem Projekt präsentiert werden konnte. Wenn gesagt wird, es muss günstiger sein, dann muss geschaut werden welche Leistungen gestrichen werden können/wollen oder welche betrieblichen Abläufe erschwert werden sollen. Das ist notabene eine Frage welche letztendlich der Einwohnerrat beantworten muss, vor allem wenn es um Leistungsabbau geht. Das ist etwas, was nicht der GR entscheiden kann. Das sind die Fragen welche der GR darüber froh ist, wenn diese mit der BPK geklärt werden können, selbstverständlich bieten sie auch Hand. Wenn jemand selber ein Haus baut sagt man dem Architekten auch nicht, baue mir ein Vierzimmerhaus hier hast du eine Million. Und wenn der Architekt kommt und sagt, es kostet 10 Mio. sagen sie auch nicht es ist Wurst mach das für eine Million. Dann sehen sie auch hin, was hat es in diesem Haus mit vier Zimmern, hat es vielleicht zwei Badezimmer wo eines aber ausreichen würde, hat es neben dem WC noch ein Bidet oder hat es in der Küche irgendwelchen Luxus den es nicht braucht. Das ist die Frage. Es werden dann auch die Leistungen angesehen, sie sagen auch nicht einfach, das ist das Kostendach, der Rest ist mir egal. Das ist so etwa der Punkt, an dem sich nun alle befinden. Sie ist deshalb sehr froh wenn dieses Geschäft in der BPK angesehen werden kann, selbstverständlich wird der GR dort Hand bieten und alle Informationen dazu liefern. Er wird auch aufzeigen, was welche Änderung bedeuten könnte, und was sie für Kostenfolgen haben könnten so, dass dort hoffentlich ein Schritt weiter gegangen werden kann.

Der Präsident hat noch eine kurze Anmerkung. Stephan Appenzeller hat erwähnt, dass im Rat nun eine Eintretensdebatte geführt werden soll, er möchte dies kurz korrigieren. Die Eintretensdebatte zu diesem Geschäft war am 3. Mai und man hat dann beschlossen, einzutreten. Er glaubt aber zu meinen zu

wissen, was er meine, einfach damit keine Missverständnisse auftauchen. Stephan Appenzeller gibt dem Präsidenten absolut recht.

Es liegen zwei Anträge vor. Das eine ist ein Rückweisungsantrag der FDP, der andere ist ein Zusatzantrag der CVP/glp bei der Überweisung in die BPK. Er möchte anschliessend über den Rückweisungsantrag abstimmen, aber das Wort ist frei für einzelne Voten.

Daniel Zimmermann, FDP findet es schön, wenn man sich an den BPK Bericht von 2019 erinnern mag und dort vor allem die politische Meinung vom Standort noch einmal erwähnt. Wenn man dies zitiert müsste man aber auch gleichzeitig die politische Meinungsbildung erwähnen von diesem Bericht 2019 in Bezug auf die Kosten. Man hat dort ein klares Statement abgegeben über die Standards dieses Bauwerkes in Bezug auf die Planungsgenauigkeit und hat gesagt, dass der Kostenrahmen welcher dort seinerseits angegeben wurde in den CHF +/- 8 Mio. in einem vernünftigen Rahmen zum Raumprogramm steht. Einmal mehr stellt er fest, dass die Aussage - welche übrigens der Einwohnerrat einstimmig gutgeheissen hat - mit diesem Bericht und mit der weiteren Planungsbeauftragung hat man zur Kenntnis genommen, dass das stimmt. Jetzt kommt eine Vorlage mit einem enorm hohen Kostenrahmen wo letztlich in einer solchen Vorlage alles erklärbar ist. Er kann auch ohne Probleme einen Werkhof für CHF 15 Mio. erklären und es kommt scheinbar logisch daher, aber das war nicht der politische Auftrag. Das stört ihn kolossal. Er ist auch der Meinung, dass dieses Geschäft klassischerweise in die BPK überwiesen werden müsste und er kann auch nicht nachvollziehen wie jetzt hier eine Zahl genannt werden soll für einen Sparauftrag von CHF 2.5 Mio. ohne das im Detail beziffern zu können. Das wäre genauso wie wenn er einen Gegenantrag stellen würde, lasst uns doch CHF 4 Mio. sparen, das wäre auch nicht so schlecht. Von dem her neigt er dazu, wenn es tatsächlich zu einer Überweisung kommen sollte, dass man das seriös in der BPK noch einmal ansieht. Dies ist der klassische Stil von dieser Kommission im politischen Auftrag. Selbstverständlich muss man – und das ist sein Anliegen – die Wirtschaftlichkeit von Kosten und Nutzen von diesem Betrieb noch einmal genau prüfen, vielleicht gibt es auch da in der Thematik was der Werkhof zukünftig alles machen muss noch Sparpotenzial aus neuzeitlichen Überlegungen welche sich im Laufe der letzten zwei drei Jahren geändert haben. Durchaus eine Chance, dieses Projekt noch zu optimieren. Das mit den Kosten belastet natürlich die Gemeinde enorm und er möchte auch für die Zukunft die Bitte aussprechen, dass bei zukünftigen Projekten endlich einmal die abgemachten und diskutierten Kostenrahmen – zumindest die Krediterteilung – eingehalten werden kann und dann erst recht die Abrechnung. Er ist gespannt, wie die nächsten Bauabrechnungen daher kommen werden.

Marc Schinzel, FDP möchte das Votum von Christoph Maier noch einmal aufgreifen, welcher es gesagt hat, dieses Projekt ist nicht prioritär. Und es ist – wie er auch sagt – nicht alternativlos. Noch einmal zur Wiederholung, Binningen hat einen funktionierenden Werkhof, täglich, dieser existiert, der ist da schon deshalb ist es nicht einfach alternativlos. Eine Zusammenarbeit, gerade bei Infrastruktur bei öffentlichen Werken, die muss doch einfach heute in einem grösseren Rahmen gedacht werden. Man kann doch einfach nicht mehr sagen jede Gemeinde hat seinen Werkhof. Es muss jetzt wirklich auch in Alternativen gedacht werden und diese Zeit dafür muss sich genommen werden. Er möchte vor allem auch ökologisch noch etwas bemerken, es geht um die Versiegelung von neuen Böden eben auch, welche man jetzt dort oben am Bruderholz machen möchte. Es gibt einen Flächenmehrbedarf, einen massiven, und man versiegelt neue Böden gegenüber einem Ort wo der Boden jetzt eben schon versiegelt ist. Auch dies ist ein Aspekt. Prioritäten setzen bei den Finanzen, das Schulhaus wurde jetzt beschlossen, dass dies weitergeführt wird, die Schwimmhalle CHF 10 – 20 Mio. Investitionen, das dient der Bevölkerung, hier muss investiert werden. Aber die Infrastruktur muss nicht vergoldet werden. 60% Mehrkosten, das kann es einfach nicht sein, das ist unglaublich. Dieses Projekt ist von A – Z nicht gut aufgegleist, es ist nicht prioritär und es ist nicht alternativlos. Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht, das ist jetzt wirklich einmal etwas was sich alle zu Herzen nehmen müssen. Deshalb: Rückweisung an den GR, wie das eben Christoph Maier beantragt hat im Namen der FDP-Fraktion.

Andrea Alt, CVP führt aus, dass Daniel Zimmermann jetzt zwar gerade nicht da ist, sie kann es ihm nachher aber auch noch persönlich sagen. Die CVP habe nicht gesagt, sie wolle Kosteneinsparungen von CHF 2.5 Mio. sondern sie will, dass die Kosteneinsparung gesucht wird. Es wurde nicht beantragt, dass CHF 2.5 Mio. gespart werden müssen. Das ist das erste. Was die CVP auch als wichtig erachtet und sie bewogen hat von der Rückweisung abzusehen (entgegen dem ursprünglichen Beschluss) ist, dass in der BPK geschaut werden soll wo diese Einsparungen möglich sind und wo sind sie halt eben mit Leistungsabbau verbunden, mit betrieblichem Aufwand verbunden. Damit der Rat dies nachher so abwägen kann und quasi die Einwohnerräte sagen können – wie beim Schulcampus auch – wir wollen eine Einstellhalle mit halb so vielen Parkplätzen dann ist das schlussendlich ein politischer Entscheid welcher der Rat trägt. Oder eben beim Werkhof, dass der Rat mit einem Leistungsabbau zufrieden wäre oder nicht. Das Letzte was sie noch sagen möchte ist, zu sagen es habe keine Priorität nach 10 Jahren der Planung findet sie für die bestehende Situation nicht ganz OK gegenüber diesen Leuten, welche tagtäglich dort eine überaus wichtige Arbeit im Dienste der Bevölkerung und der Gemeinde verrichten.

ABSTIMMUNG

Der Präsident möchte jetzt über die Anträge abstimmen. Der erste ist von der FDP, er liest diesen wie folgt vor: Das Geschäft ist an den GR zurückzuweisen und zu sistieren bis der Einwohnerrat über die Entwicklung des Areals Spiesshöfli debattiert und entschieden hat.

Also ein Rückweisungsantrag im eigentlichen Sinn. Zuerst wird über diesen abgestimmt, anschliessend über den Antrag der CVP/glp.

Antrag der FDP: 16 JA / 20 NEIN /1 Enthaltung (Abstimmung 07)

In diesem Falle erläutert der Einwohnerratspräsident wird in der Beratung dieses Geschäftes weitergefahren, mit dem Antrag der CVP/glp-Fraktion.

Er liest diesen ebenfalls vor:

Der / Die Unterzeichnende stellt im Namen der CVP/glp-Fraktion folgenden Antrag:

Antrag 1: Das Geschäft wird zur Prüfung in die BPK überwiesen.

(Der Präsident merkt an, dass über diesen Antrag nicht speziell abgestimmt werden muss, weil dieser bereits der Antrag vom GR ist.)

Antrag 2: Die BPK macht:

- eine Überprüfung der Kosten in der BPK.
- Die zusätzlichen Begehrlichkeiten durch den Betreiber nach dem BPK-Bericht von 2019 herauszufiltern.
- Kostenersparnisse in der Höhe von CHF 2.5 Mio. suchen.

Das heisst für den Präsidenten, dass selbstverständlich über den Antrag des GR abgestimmt wird, über die Überweisung in die BPK, das ist das gleiche wie der Antrag von der CVP/glp. Und anschliessend wird eine Abstimmung über den Zusatzantrag für diesen Auftrag in die BPK gemacht.

Christoph Maier, FDP erläutert, dass die FDP-Fraktion nach dem Ausgang der Rückweisung einen weiteren Antrag zur Überweisung an die BPK mit einem Kostendach von CHF 10 Mio. stellt Die Fraktion möchte, dass dieser gegen den Antrag der CVP/glp ausgemehrt wird. Der Präsident bittet Christoph Maier den Antrag noch einmal genau zu formulieren da ihm dieser auch so nicht vorliegt. So, dass es für alle ganz klar ist, wie der Auftrag oder der Antrag lauten soll. Christoph Maier sagt, dass dieser eigentlich vorformuliert wurde, er findet diesen aber im Moment nicht. Er wiederholt noch einmal: Die FDP-Fraktion beantragt die Überweisung in die BPK mit dem einem Kostendach von CHF 10 Mio.

Stephan Appenzeller, SP hat Verständnisfragen. Wenn er die gleiche Logik des CVP/glp-Antrages nimmt welcher sagt, dass angestrebt werden soll CHF 2.5 Mio. einzusparen, will die FDP CHF 3.3 Mio. einspa-

ren. Das wäre dann die gleiche Logik, damit man sich das etwas plastischer vorstellen kann. Fragt ob das so gemeint ist. Der Antragsteller hört ihm offenbar nicht zu.

Der Präsident fragt nach weiteren Wortmeldungen gibt. Das ist nicht der Fall. Dann wird der Antrag der CVP/glp-Fraktion dem FDP-Antrag gegenübergestellt, dieser liegt mittlerweile vor. Nebst der Überweisung an die BPK – was ja ohnehin im Sinne des GR ist – stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag: die BPK soll die Standortfrage und alternative Standortoptionen nochmals im Detail prüfen. Die BPK soll das bestehende Projekt auf ein Kostendach von max. CHF 10 Mio. anpassen. CVP/glp wie gesagt CHF 2.5 Mio. suchen, eine Überprüfung der Kosten durchführen und die zusätzlichen Begehrlichkeiten durch den Betreiber nach dem BPK Bericht von 2019 herausfiltern. Diese beiden Anträge stellt der Präsident einander gegenüber. Wer dem Antrag der CVP stattgeben möchte stimmt ja und zeigt grün. Wer für den Antrag der FDP ist mit dem Kostendach CHF 10 Mio. stimmt nein und zeigt rot plus Enthaltung.

Thomas Hafner, CVP fragt nach ob er richtig verstanden hat, dass beim FDP Antrag erneut wieder der Standort in Frage gestellt wird. Das findet er ein sehr wichtiger Unterschied zum CVP/glp Antrag. Der Präsident bestätigt dies und liest den Antrag noch einmal klar vor. Die BPK soll die Standortfrage und alternative Standortoptionen nochmals im Detail prüfen. Und der zweite Punkt: die BPK soll das bestehende Projekt auf ein Kostendach von max. CHF 10 Mio. anpassen.

Stephan Appenzeller, SP hat noch eine Frage wegen dem Verfahren. Es wird jetzt eine Eventualabstimmung von Antrag CVP/glp gegen Antrag FDP geben. Nachher gibt es aber dann eine Abstimmung ob der obsiegende Antrag im Beschluss aufgenommen wird oder nicht. Der Präsident bedankt sich bei Stephan Appenzeller für die Ergänzung, das ist genau der nächste Schritt.

Der Präsident wiederholt noch einmal: wer für den CVP/glp-Antrag ist stimmt ja und zeigt grün, wer für den FDP-Antrag ist stimmt nein und zeigt rot.

ANTRAG CVP gegenüber ANTRAG FDP: Ja: 19 / Nein: 16 / Enthaltung: 1 (Abstimmung 08)

Der Antrag der CVP obsiegt gegenüber dem Antrag der FDP.

Der Präsident muss folgendes korrigieren: es gibt nicht eine Gegenüberstellung sondern es ist eigentlich ein Zusatzantrag. Der Antrag des GR ist ja überwiesen, was das gleiche ist wie Punkt eins im Antrag der CVP/glp und CVP/glp macht den Zusatzantrag für diese Überprüfung der Kosten.

Stephan Appenzeller, SP fügt an für die Richtigkeit natürlich zuerst über die Überweisung und dann über die Ergänzung zur Überweisung mit dem Auftrag abzustimmen.

Der Einwohnerratspräsident schlägt vor tatsächlich über die Überweisung separat abzustimmen und anschliessend zur Entscheidung zu kommen, ob der Zusatzantrag dieser Überweisung angehängt wird oder nicht. Wenn es nicht überwiesen wird, ist ja der Antrag der CVP schlussendlich auch obsolet, das ist richtig so.

Das Prozedere läuft wie folgt: wer für die Überweisung in die BPK ist – so oder so, mit und ohne Zusatzantrag der CVP stimmt ja – wer dieser Überweisung nicht stattgeben möchte stimmt nein und zeigt rot, gelb für die Enthaltungen.

ANTRAG der BPK: 26 JA / 7 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Der Rat hat grossmehrheitlich dieser Überweisung stattgegeben mit 26 zu 7 Stimmen. Damit kommt der Rat zur Zusatzabstimmung der CVP/glp. Mit der Überweisung verbunden sollen eine Überprüfung der Kosten in der BPK, zusätzliche Begehrlichkeiten durch den Betreiber vom Bericht 2019 herausgefiltert

werden und eine Kostenersparnis in der Höhe von CHF 2.5 Mio. gesucht werden. Wer diesem Zusatzantrag der CVP/glp zustimmen möchte stimmt ja und zeigt grün, wer diesen ablehnt zeigt rot und stimmt nein.

ANTRAG CVP/glp: 14 JA / 12 NEIN / 10 Enthaltungen (Abstimmung 10)

Antrag eins des GR ist eine Kenntnisnahme, darüber wird nicht abgestimmt. Der Präsident fasst zusammen, dass damit das Geschäft in die BPK geht mit den entsprechenden Aufträgen welche formuliert wurden.

BESCHLUSS

://: Der Antrag der FDP wird abgelehnt

://: Der Einwohnerrat überweist das Geschäft 138 zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission.

://: Der Antrag der CVP/glp-Fraktion die BPK mit folgenden Punkten zu beauftragen wird angenommen:

- Die BPK macht eine Überprüfung der Kosten innerhalb der BPK
 - Die BPK filtert die zusätzlichen Begehrlichkeiten durch den Betreiber nach dem BPK Bericht von 2019 heraus
 - Die BPK sucht Kostenersparnisse in der Höhe von ca. 2.5 Mio.
-

Traktanden 5 - 14

Der Präsident schlägt vor in Anbetracht der Uhrzeit, 21.55 Uhr, und in Berücksichtigung des Schweregewichts dieser beiden Traktanden, keine weiteren Traktanden in Angriff zu nehmen und die Sitzung zu beenden. Es geht um die Plakatierung, das wird in 5 Minuten nicht machbar sein, auch dies verdient eine Beratung und der Präsident weiss, dass dort verschiedene Ansichten vorliegen. Die Traktanden 5 bis 14 werden auf die nächste Sitzung verschoben und mit dem Traktandum 15 Diversa weitergefahren.

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 15

Diversa

Wie bereits am Anfang erwähnt hat der GR die heutigen Anfragen schriftlich beantwortet. Diese liegen auf den Tischen und deshalb wird nicht auf diese Anfragen mündlich eingegangen. Der Präsident fragt nach Varia aus dem Plenum oder nach Mitteilungen des GR. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit folgt der Abschluss des ersten Tages. Wenn der Präsident Bilanz zieht war es vielleicht nicht gerade die grösste Anzahl Traktanden welche der Einwohnerratspräsident bearbeitet haben möchte. Er glaubt aber, dass das Schwergewicht dieser beiden Vorlagen und die Diskussionsnotwendigkeit dies rechtfertigen. Die nächste Sitzung ist am 27. September 2021, um 19.30 Uhr statt bis dahin wünscht der Präsident

allen alles Gute und gute Gesundheit. Er freut sich alle wieder zu sehen und schliesst damit die Sitzung.
[Applaus]

ER-Sitzung vom 30. August 2021

Nr.	Name	Fraktion	Gesch. Nr. 21				Gesch. Nr. 138A/XII				
			01	03	04	05	06	07	08	09	10
			Antrag FDP Änderung Traktandenliste	Antrag SVP Änderung Bericht BPK Punkt 1.3.	Genehmigung Antrag 1 BPK (Punkte 1-4)	Genehmigung Antrag 2 BPK (Rückweisung insgesamt)	Genehmigung Antrag 3 BPK (Kredit für Projektüberarbeitung)	Antrag FDP Rückweisung an GR	Antrag CVP gegen Antrag FDP	Antrag BPK Überweisung an GR	Zusatzantrag CVP Auftrag an BPK
1	Bertschi	EVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
3	Glaser	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
4	Hauri S.	Grüne	Not voted	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
7	Schwarb	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
8	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	Wölnerhanssen	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
11	Appenzeller	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
12	Benthaus	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
13	Büchelin	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
14	Nehle	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
15	Müller	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
16	Schellenberg	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
17	Strondl	SP	Not voted	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
18	Tribolet	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
19	Alt	CVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Amacker	CVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
22	Häfner	CVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Not voted
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
27	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
28	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
30	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja
31	Schinz	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Not voted	Ja	Nein
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
35	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Enthaltung
36	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL											
	Ja		17	13	35	37	29	16	19	26	14
	Nein		18	22	2	0	6	20	16	7	12
	Enthaltungen		0	2	0	0	2	1	1	4	10
			35	37	37	37	37	37	36	37	36